

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: <https://www.researchgate.net/publication/295847157>

Neue Entwicklungen der politischen Kultur. Politische Einstellungen im wiedervereinten Deutschland. Neue Krisenerscheinungen oder doch alles beim Alten?

Chapter · January 2015

DOI: 10.5771/9783845252841-153

CITATIONS

3

READS

484

1 author:



Gert Pickel

University of Leipzig

272 PUBLICATIONS 1,070 CITATIONS

SEE PROFILE

Some of the authors of this publication are also working on these related projects:



Säkularisierung in Deutschland und Europa [View project](#)



Religious Pluralization in Germany [View project](#)

Neue Entwicklungen der politischen Kultur. Politische Einstellungen im wiedervereinten Deutschland. Neue Krisenerscheinungen oder doch alles beim Alten?

Gert Pickel

In: Kneuer, Marianne/Massala, Carlo (Hrsg.): Standortbestimmung Deutschland. Nomos: Baden-Baden.

1. Warum eine Standortbestimmung politischer Kultur im vereinigten Deutschland?

Die politische Kultur eines Landes besitzt große Bedeutung für die Stabilität dessen politischer Ordnung. So argumentiert zumindest die politische Kulturforschung (Almond/Verba 1963; Easton 1979; Lipset 1981). Und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Einstellungen der Bürger und daraus resultierende Handlungen auf dem politischen Sektor einen strukturellen Einfluss besitzen. Zumindest für Demokratien gilt dies mittlerweile als relativ gesichert. Wer kann sich auch ein stabiles und durchsetzungskräftiges Institutionensystem vorstellen, welches sich nicht auf das Vertrauen der Bürger in seine Rechtmäßigkeit und Effektivität stützen kann? Wer kann sich die Wahl von Politikern vorstellen, denen die Interessen der Bürger offenkundig gleichgültig sind? Wer kann sich überhaupt eine Demokratie ohne Demokraten vorstellen? Will also ein politisches System Krisen überstehen können (wie zum Beispiel die jüngste Finanzkrise), dann benötigt es eine gewisse *mit der politischen Struktur korrespondierende Kultur*, im Sinne von entsprechenden Überzeugungen und Akzeptanz.¹

Immer wieder nimmt die politische Kulturforschung die Situation in Deutschland in den Blick. Gründe hierfür liegen in den Ereignissen nach 1933. So war Nachkriegsdeutschland eines der Untersuchungsländer der für die politische Kulturforschung maßgeblichen Civic-Culture-Studie (Almond/Verba 1963). Westdeutschland wurde zu diesem Zeitpunkt noch die Existenz einer *Untertanenkultur* attestiert, in der demokratische, speziell partizipatorische, Elemente nur begrenzt Eingang in die Köpfe der Bürger gehalten hätten. Einige Jahre später hatte sich dies deutlich verändert (Almond/Verba 1980) und Westdeutschland erreichte in seiner Beurteilung durch die amerikanischen Forscher den Status einer *Civic Culture*, also einer stark partizipatorisch geprägten politischen Kultur, die einen längerfristigen Erhalt der Demokratie sehr wahrscheinlich erscheinen ließ. Seitdem wird mit einer gewissen Regelmäßigkeit geprüft, wie es um die Demokratie in Deutschland und anderen Staaten bestellt ist – wobei die Ergebnisse gelegentlich Skepsis erregten. Bereits in den 1970er Jahren wurde erstmals von einer *Legitimitätskrise* westlicher Demokratien gesprochen (Watanuki/Huntington/Crozier 1975; Kielmansegg 1976). Für Deutschland (wie andere westeuropäische Staaten) wurde konstatiert, dass die Anfangserfolge der Demokratie vorbei wären und die Bürger in den anstehenden Krisenzeiten (der 1970er Jahre) immer seltener bereit wären, ihre Demokratien zu unterstützen. In den 1990er Jahren tauchte diese Skepsis erneut auf: *Politikverdrossenheit* wurde 1992 zum Wort des Jahres gekürt (Arzheimer 2002; Pickel 2002) und die *Legitimitätskrise* westlicher Demokratien erneut beschworen (Pharr/Putnam 2000). Mittlerweile sind mit Ausrufezeichen versehene Diskussionen über die „fehlende Bürgernähe“ der Politiker, Postdemokratie (Crouch 2008) und Politikeraffären fester Bestandteil aktueller Medienberichterstattung. Allein deswegen schon erscheint eine Standortbestimmung der politischen Kultur in Deutschland angebracht.

¹ Für die Durchsicht und Kommentierung des vorliegenden Artikels danke ich Frau Larissa Zücker.

Doch sie ist nicht nur auf dieser allgemeinen Ebene interessant. Die 1989 vollzogene *Wiedervereinigung* der Bundesrepublik Deutschland führte vor 25 Jahren zwei Gebiete in eine politische Ordnung, die fast zwei Generationen lang unterschiedlichen Prägungen in Politik und Kultur ausgesetzt waren. Für die Sozialwissenschaften eröffnet dies die Möglichkeit zu untersuchen, wie Menschen mit unterschiedlicher politischer Sozialisation und Erfahrung sich in einem gemeinsamen Institutionensystem gegenüber politischen Objekten positionieren. Dabei ist die Frage, wie zügig Menschen sich in ihren politischen Einstellungen an neue Gegebenheiten anpassen oder wie unter solchen Voraussetzungen (die den Umbruchcharakter als intervenierende Variable berücksichtigen müssen) eine Kongruenz zwischen politischer Struktur und politischer Kultur entstehen kann. Schnell war dann auch nach der Wiedervereinigung von der „Mauer in den Köpfen“ die Rede (Veen 1997), welche in Deutschland eine bemerkenswerte Konstanz besitze und das Zusammenleben von West- und Ostdeutschen in einem gemeinsamen Staat erschwere. Diese *Mauer in den Köpfen* wurde ganz unterschiedlich begründet: Verwiesen die einen auf eine Langlebigkeit der Prägung durch den Sozialismus, sein System und seine Ideologie (Fuchs 1997; Gabriel 2000), sahen andere stärker Erfahrungen im Zuge der Wiedervereinigung und situative Nachteile in den neuen Bundesländern als Gründe (Pollack/Pickel 1998; Walz/Brunner 1998). Eingebettet in einen Prozess des zyklischen Abflauens und der Wiederbelebung dieses Interesses (speziell zum Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung) bleibt die Frage nach zwei möglicherweise getrennten politischen Kulturen in Deutschland in Öffentlichkeit und Wissenschaft Thema.

Will man nun eine aktuelle Standortbestimmung der politischen Kultur in Deutschland vornehmen, ist darin mittlerweile eine weitere Diskussion aufzugreifen: In den letzten Jahren entspann sich eine (recht kontroverse) öffentliche Debatte um die Integration von Angehörigen einer spezifischen fremdreligiösen Gruppe. Innerhalb der politischen Kulturforschung gut auf der Ebene der politischen Gemeinschaft nach Easton (1979) verortbar, wurde vielerorts Skepsis an der Integrationswillig- und -fähigkeit der Muslime geäußert. Damit identifizierten Betrachter eine Gefährdung der politischen Ordnung: Sollte es so sein, dass Muslime nicht bereit sind, die etablierten demokratischen Werte der Bundesrepublik zu übernehmen und damit der deutschen Demokratie die Legitimität verweigern, dann sind Konflikte innerhalb der deutschen Bevölkerung fast unausweichlich. Diese Feststellung gilt auch mit Blick in die andere Richtung: Ist die Aufnahmegesellschaft nicht bereit, die Hinzukommenden mit ihren kulturellen Vorstellungen restlos als gleichwertig zu akzeptieren, dann dürfte auch dies erhebliche Auswirkungen auf die politische Kultur eines Landes besitzen. Im ungefährlichsten Fall stellt diese Entwicklung Anforderungen (demands) an die Politik, die bei Nichterfüllung mit einem Unterstützungsentzug durch verschiedene Bevölkerungsgruppen verbunden sein könnte.

Alle drei angesprochenen Themenbereiche werden im vorliegenden Aufsatz einer empirischen Kontrolle unterzogen. Nur mit Blick auf Daten sind belastbare Aussagen über die politische Kultur möglich. Aus Gründen einer möglichst breiten inhaltlichen Abbildung der Thematik werden Daten aus unterschiedlichen Datensätzen verwendet. Dies sichert die inhaltlichen Ergebnisse gegen zufällige Verschiebungen in den Fragestellungen ab. Als zentrale Datenquellen für den Aufsatz dienen die Studien der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) zwischen 1991

und 2012, des European Social Survey Programms (ESS) 2002 bis 2012, die GLES-Studien (German Longitudinal Election Studies) sowie der Bertelsmann Religionsmonitor 2013.²

2. Was ist politische Kultur?

Bevor man sich der empirischen Standortbeschreibung der deutschen politischen Kultur zuwendet, ist die Begriffsklärung von *politischer Kultur* vonnöten. Noch 1983 hatte Max Kaase politische Kultur als etwas beschrieben, dass wie „ein Pudding“ sei, den man an die Wand zu nageln versuche. Selbst wenn sich die definitorische Situation zwischenzeitlich wesentlich weiterentwickelt hat, besitzt der Begriff der *politischen Kultur* immer noch eine gewisse Vielschichtigkeit in seiner Bedeutungszuschreibung. In der politikwissenschaftlichen Verwendung ist er allerdings innerhalb eines bestimmten Rahmens angesiedelt und empirisch konkretisierbar. In dem vorliegenden Aufsatz wird *politische Kultur als Sammlung kollektiver Einstellungen mit Bezug auf politische Objekte* verstanden. Die Untersuchung der *politischen Kultur* ermöglicht es, Aussagen hinsichtlich der Stabilität politischer Systeme, oder besser, hinsichtlich der zukünftigen Stabilität politischer Systeme zu geben (Fuchs 2007: 220-223; Pickel/Pickel 2006: 49-58).³ Diese Begriffsdefinition schließt sowohl politische Partizipation⁴ und politische Handlungen, als auch Politikstile oder politische Umgangsformen aus.⁵ Auch die von Karl Rohe (1990) vorgeschlagenen Symbole politischer Kultur werden bewusst nicht in die vorgelegten empirischen Betrachtungen einbezogen, selbst wenn sie, anders als die politische Partizipation oder Politikstile, auf der definitorischen Ebene fraglos als Indikatoren politischer Kulturen verwendet werden könnten.⁶ Der Vorteil eines solchen Vorgehens liegt in der Trennschärfe und analytischen Verwendbarkeit des Begriffs sowie in seiner empirischen Erforschbarkeit. Denn selbst bei dieser notwendigen Beschränkung, die im Übrigen der Standard der derzeitigen politischen Kulturforschung ist, gilt es, verschiedene Facetten der politischen Kultur zu erfassen. Wichtig ist, sich vor Augen zu führen, dass jedes Land notwendigerweise eine politische Kultur besitzt (die dann identifiziert werden muss), und dass diese, trotz ihrer Erfassung über individuelle Einstellungen, immer auf der *Makroebene* angesiedelt ist.

Der vorliegende Artikel verfolgt nicht das Ziel, die Debatte der theoretischen Abfederung der politischen Kulturforschung weiterzutreiben – steht doch eine eher empirisch ausgerichtete Standortbestimmung in seinem Zentrum. Dennoch erscheint ein gewisser theoretischer Orientierungsrahmen zur Identifizierung der Bedeutung bestimmter Einstellungen hilfreich (hierzu

² Für die Überlassung der Daten danke ich zum einen der Bertelsmann Stiftung, zum anderen der GESIS. Für die Ergebnisse der Analysen trägt alleine der Autor die Verantwortung.

³ Für Aussagen über die aktuelle Stabilität sind solche Informationen nicht notwendig, da diese direkt an den politischen Entwicklungen ablesbar ist. Ziel ist es, die Grundlage für eine dauerhafte Stabilität (oder Persistenz) des politischen Systems zu prüfen und auf dieser Basis in die Zukunft zu blicken.

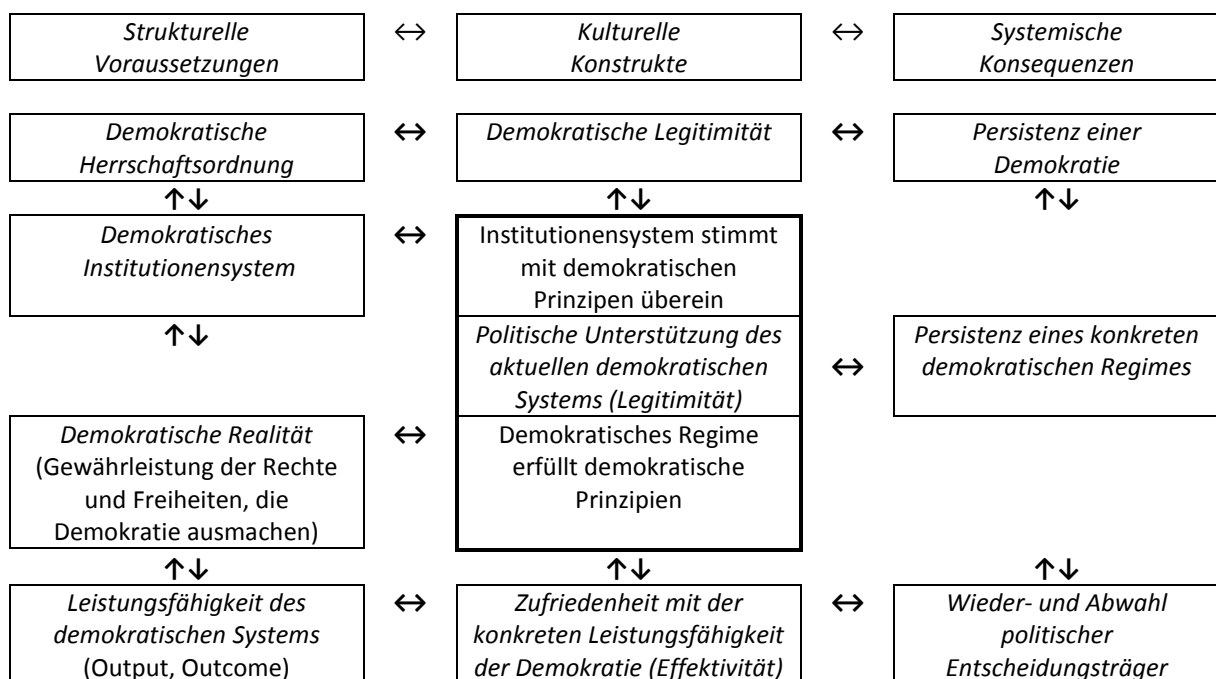
⁴ Politische Partizipation wird als Folge politischer Kultur angesehen. Hier handelt es sich um eine systematische Trennung, die Möglichkeiten eröffnen soll, die Wirkungszusammenhänge zwischen beiden Bereichen analytisch zu bestimmen. Ohne Frage lässt aber das Partizipationsverhalten auch Rückschlüsse über bestimmte Elemente der politischen Kultur zu (siehe Bauer 1993).

⁵ Bei der in den Medien gelegentlich auffindbaren Verwendung des Begriffs „politischer Kultur“ im Zusammenhang mit politischen Umgangsformen und Stilen handelt es sich um einen umgangssprachlichen Ausdruck, der aufgrund seiner mangelnden Präzision (ein Kernmerkmal wissenschaftlicher Analyse) zu einer systematischen wissenschaftlichen Analyse untauglich ist. Ihm fehlen sowohl klare Bestimmungsgrenzen als auch kategoriale und überprüfbare Elemente.

⁶ Gegen den Einbezug der symbolischen Indikatoren spricht, neben ihrer fast unmöglichen systematischen Erfassbarkeit, vor allem das Problem ihrer Beurteilung hinsichtlich evaluativer Wertungen.

siehe Pickel/Pickel 2006). Es sei hier nur der Hinweis auf die wohl wichtigsten Kernkonzepte von politischer Kultur erlaubt: Almond und Verba (1963) mit ihrer Definition von Begriff und Typologie politischer Kultur, Seymour M. Lipset (1981) mit seiner Differenzierung zwischen Legitimität und Effektivität sowie David Easton (1975, 1979) als Begründer des Konzeptes der politischen Unterstützung. In Anlehnung an diese theoretischen Gedanken und die weiterführenden Überlegungen von Fuchs (2002) erscheint eine Differenzierung zwischen verschiedenen Objekten der politischen Kultur und der Beziehungen zwischen politischer Struktur und politischer Kultur sinnvoll (Abb. 1; Pickel 2002). Für die Betrachtung der Bundesrepublik kann mittlerweile ein auf die *Demokratie* ausgerichtetes Modell der Beurteilung angewandt werden. Demokratische Institutionen, das demokratische Herrschaftssystem in Idee und Konzept sowie die Verfassungsrealität sind die entsprechenden Objekte von Bürgerurteilen: Dies impliziert die Beurteilung der geglückten (oder nicht geglückten) Implementation einer demokratischen Institutionenstruktur wie auch die Umsetzung demokratischer Rechte in der demokratischen Verfassungsrealität aus Sicht der Bürger. Beide Aspekte zusammen bestimmen die *politische Unterstützung* eines konkreten demokratischen Systems, um die Begrifflichkeit von Easton (1979) anzuwenden.

Abb. 1: Beziehungsmodell zur Bestimmung der Persistenz eines demokratischen Regimes



Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Überlegungen von Fuchs (2002).

Die politische Unterstützung resultiert aus wiederholten positiven Erfahrungen mit dem System: aufgrund der Erfüllung demokratischer Prinzipien durch die Institutionen entsteht *Vertrauen* in das Institutionensystem. Zum einen entwickelt sich aus der formalen Absicherung demokratischer Prinzipien (z.B. über ein Verfassungsgericht) über die Zeit *Legitimität*, zum anderen (nach Easton) diffuse politische Unterstützung. Diesen beiden Aspekten zur Seite stehen Effekte der Beurteilung der *Leistungsfähigkeit* des demokratischen Regimes, die die demokratische Realität prägen. Ihre Wirkung äußert sich zuerst in der Abwahl oder Wiederwahl von Regierungen. Erst wenn diese Komponente des Auswechsels des politischen Personals ausgeschöpft ist, entsteht die Gefahr einer grundsätzlicheren Schädigung der Stabilität des konkreten demokratischen Systems. Entsprechend ist in Demokratien mit ihren regelmäßig wiederkehrenden Austauschmöglichkeiten ein gewisser Schutz

gegen einen sofortigen Systemwandel bei Unzufriedenheit eingebaut. Dies sollte aber nicht dazu verleiten, anzunehmen, die Einstellungen der Bürger wären irrelevant oder grundsätzliche Ablehnungshaltungen gegenüber der politischen Ordnung könnten gar nicht entstehen.

Mit der Formulierung dieses Modells sind nicht nur die Austauschbeziehungen zwischen politischer Struktur und politischer Kultur geordnet, auch die bei Lipset (1981) formulierte Unterscheidung zwischen Legitimität und Effektivität – oder besser deren Beurteilung – findet ihren Platz. So tragen gerade die Wahrnehmungen „Institutionensystem stimmt mit demokratischen Prinzipien überein“ und „Demokratisches Regime erfüllt demokratische Prinzipien“ zu einer starken und dauerhaften politischen Unterstützung im Sinne von Lipsets *Legitimität* bei. Die Zufriedenheit mit der (politischen und wirtschaftlichen) Leistungsfähigkeit der Demokratie rekuriert dafür eher auf die Effektivitätskomponente. Die empirisch auffindbaren Einstellungen sind in ihrer Zuordnung oft schwierig voneinander zu trennen, für den analytischen Gebrauch und Urteile über die Folgenhaftigkeit (Stabilität oder Instabilität bzw. Persistenz) ist diese Unterscheidung aber notwendig. Vor allem da Bürger auch eine kritische Haltung gegenüber einzelnen Komponenten des politischen Systems besitzen können, ohne dieses gleich grundsätzlich abzulehnen (Norris 1999).

Gleichzeitig bleiben Facetten der politischen Kultur jenseits des Modells übrig. So macht es Sinn, in Anschluss an Almond und Verba (1963) noch zwischen *affektiven, kognitiven und evaluativen Einstellungen zu den jeweiligen Objekten* zu unterscheiden. Für eine demokratische Zivilgesellschaft ist es ohne Frage hilfreich, wenn zumindest ein größerer Teil der Bevölkerung über ein gewisses politisches Interesse und Wissen (kognitive Komponente) verfügt. Dieses Wissen muss sich dann aber auch noch überwiegend in positiven Haltungen gegenüber den politischen Objekten ausdrücken – eben politischer Unterstützung (affektive und evaluative Komponente). Bzgl. der demokratischen Legitimität schließt sich die Frage an, inwieweit die Bürger mit der Demokratie überhaupt einverstanden sind oder deren Prinzipien schätzen; für das aktuelle demokratische System sind auch Haltungen zu Teilen seines Institutionensystems und zum politischen Personal bedeutsam. Als drittes stellt sich die Frage, wie Komponenten der Leistungsfähigkeit (Bereitstellung individuellen Wohlstandes, Umgang mit sozialer Ungleichheit, politische Effektivität) des demokratischen Systems bewertet werden. Schauen wir uns im Folgenden Urteile zu diesen Kernbereichen der politischen Kultur nun etwas näher an.⁷

3. Politikverdrossenheit und Legitimitätskrise?

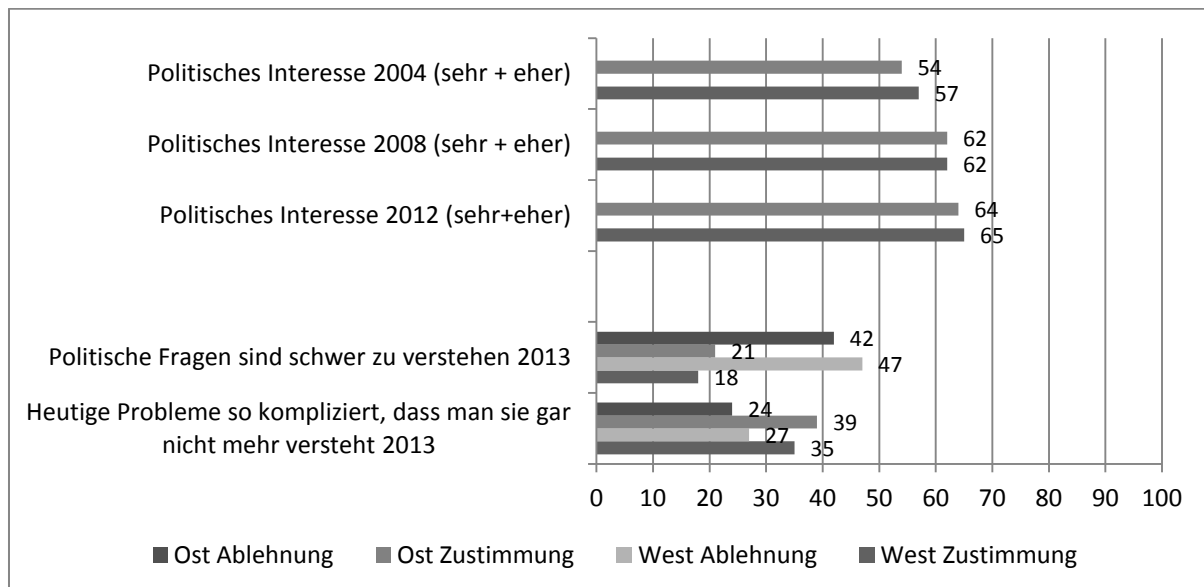
Betrachtet man Presseverlautbarungen in deutschen Medien, so drängt sich gelegentlich der Eindruck auf, die deutsche Politik befände sich in einer Dauerkrise, was ihre Legitimität in der Bevölkerung angeht. So sind die Pressemitteilungen seit Jahren angefüllt von Skandalen, Affären und Äußerungen der Unzufriedenheit mit Politikern und „der Politik“. Das omnipräsente Stichwort der *Politikverdrossenheit* wurde in diesem Beitrag bereits genauso erwähnt wie die Rede von der *Postdemokratie* (Crouch 2008). Doch ist die Lage wirklich so schlimm? Haben wir es mit einer grundsätzlichen Gefährdung der deutschen Demokratie zu tun? Am besten wenden wir uns gleich

⁷ Warum eigentlich diese Mühe? An dieser Stelle ist es vielleicht relevant zu erwähnen, dass durch die politische Kulturforschung eine Abkehr von weitgehend ohne den Bürger operierenden Konzepten des Institutionalismus vollzogen wurde. Etwas, was wir für heutige Demokratien quasi als selbstverständlich annehmen. Noch in den 1940er Jahren wurden die Bedeutung der Bürger, ihrer Einstellungen und ihrer Handlungen auf den politischen Prozess eher ignoriert. Ausgangspunkt dafür war ein Menschenbild, nach dem politische Eliten jeweils eine Agenda setzen, politische Institutionen diese formalisieren, dem Bürger vorgeben und dieser diesen Vorgaben dann letztendlich Folge leistet.

der allgemeinsten, aber auch am weitesten reichenden Frage im Blick auf politische Einstellungen in Deutschland zu: Haben wir es aktuell mit einer *Legitimitätskrise der Demokratie* zu tun und besteht eine gravierende *Politikverdrossenheit*?

Lenkt man den Blick auf die Eigeneinschätzung politischen Interesses, dann scheint erst einmal nur begrenzter Anlass zur Sorge zu bestehen. In West- wie in Ostdeutschland bekunden immerhin fast zwei Drittel der Bürger Interesse an Politik. Damit ist das Politikinteresse 2012 im Vergleich zu früheren Jahren sogar leicht gestiegen (Abb. 2). Selbst wenn man solche schwachen Bewegungen in den Daten mit großer Vorsicht interpretieren sollte, scheint es doch keine grundsätzliche Aversion der Mehrheit der Bürger gegenüber Politik als Gegenstand des Lebens zu geben. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der Kenntnisse der politischen Kulturforschung hinsichtlich politischer Apathie als zentralem Bestandteil einer *Untertanenkultur* (Almond/Verba 1963) nicht trivial, zeigt es doch auf der *kognitiven Ebene* der deutschen politischen Kultur erst einmal keinen „Rückfall“ in eine politische Kultur, wie sie für die Weimarer Zeiten angenommen wird.

Abb. 2: Politisches Interesse und Eigeneinschätzung des Verständnisses politischer Fragen



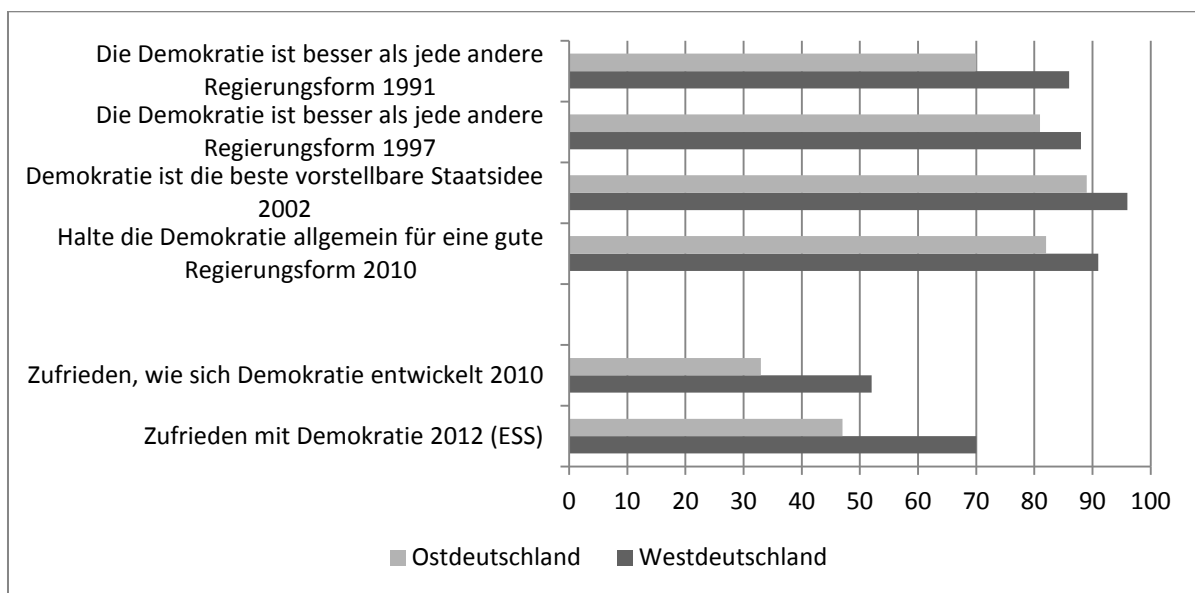
Quelle: Eigene Berechnungen; Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) 2004, 2008, 2012 European Social Survey (ESS) 2012; German Longitudinal Election Study (GLES) 2013; Antworten in Prozent.

Überhaupt sind die Bürger von ihren kognitiven Fähigkeiten im Bereich der Politik relativ überzeugt. Das Gros der Befragten gibt nämlich an, dass politische Fragen gar nicht so schwer zu verstehen sind. Oder genauer: Sie lehnen die Aussage „politische Fragen sind schwer zu verstehen“ ab. Allerdings mahnt schon das nächste Item zur Vorsicht. In der gleichen Personengruppe übersteigt der Anteil derer, die die heutigen Probleme (allgemein gesehen) für so kompliziert halten, dass sie sie gar nicht mehr verstehen, gegenüber der Gruppe, die diese Aussage ablehnt. Alle anderen Befragten wollen sich zwischen diesen beiden „Extrempositionen“ nicht entscheiden. Damit geben ungefähr ein Drittel der Deutschen ganz explizit Probleme in ihrer *Verarbeitungskapazität von Politik* an, ohne dass aber bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung von politischer Apathie gesprochen werden kann.

Eine zweite positive Botschaft findet sich im Antwortverhalten auf Fragen zur Legitimität der Idee oder der Staatsform der Demokratie. Diese ist unverändert hoch. So wird die Demokratie als

Staatsform und als Idee von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen allen anderen möglichen Herrschaftsformen gegenüber bevorzugt (Fuchs/Roller 2013: 371). Über 80 % der Deutschen halten 2010 die Demokratie allgemein und ohne Vergleichsmaßstab für eine gute Regierungsform (Abb. 3). Ganz so günstig fällt die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie nicht aus. Sie speist sich sowohl aus dem Gefühl der allgemeinen Anerkennungswürdigkeit der Demokratie, also deren Legitimität, wie es die Fragen nach der Staatsform und Idee abbilden, als auch aus dem Urteil über ihre Leistungsfähigkeit oder Performanz (Easton 1979; Lipset 1981; Fuchs 2002; Pickel/Pickel 2006: 66-68, 78-100). Je nach gewähltem Befragungsinstrument bewegt sich die Demokratiezufriedenheit zwischen knapp 30 % und 45 % in Ostdeutschland sowie 50 % und 70 % in Westdeutschland.⁸

Abb. 3: Legitimität der Demokratie



Quelle: Eigene Berechnungen verschiedene Quellen u.a.; IFD-Allensbach 1999; Sozialer und kultureller Wandel in Deutschland 1998; Political Culture in an enlarged Europe (PCE) 2002; ARD-Deutschlandtrend, Juli 2010; ESS 2012 (6-10 auf einer Skala mit 11 Punkten); Antworten in Prozent.

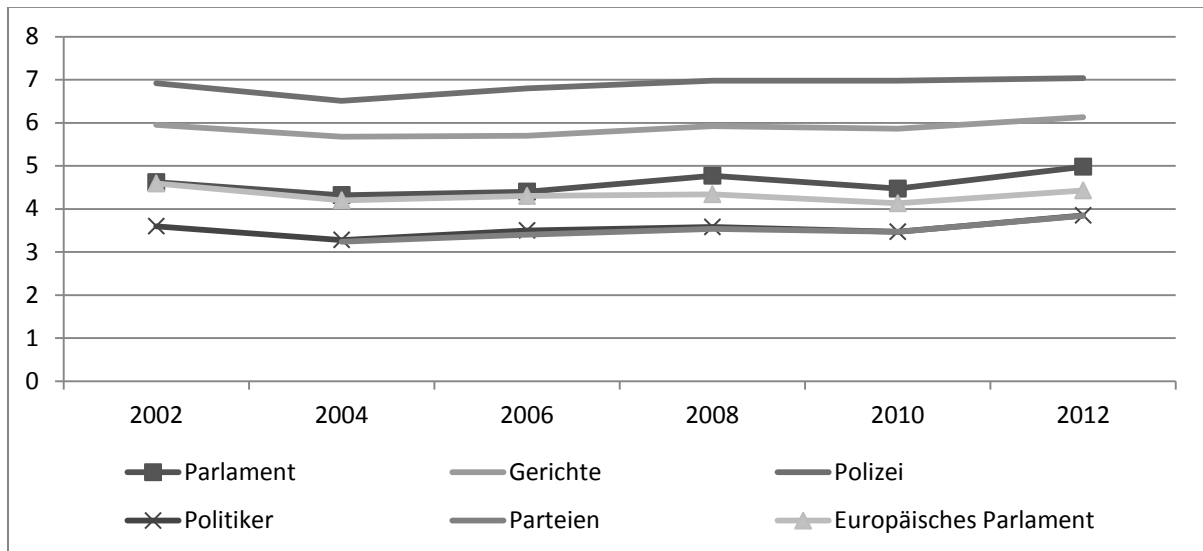
Mit Blick auf die langfristig vergleichbareren Datenreihen der Eurobarometer (Fuchs/Roller 2013: 371) dominiert aber auch bei der *Demokratiezufriedenheit für die Bundesrepublik ein relativ konstantes Bild*. Trotz gelegentlicher Schwankungen, die weitgehend durch aktuelle politische und ökonomische Ereignisse zu erklären sind, ist kein langfristiger Einbruch im Sinne einer tieferreichenden Legitimitätskrise der deutschen Demokratie aus den Daten abzulesen. Eher schon reflektieren die Werte Unterschiede bzw. Schwankungen in den Zufriedenheiten mit den Leistungen der aktuellen Politik. Sie werden durch ein grundsätzliches Vertrauen in die Legitimität der Demokratie *abgefedert*. Neben den zeitlichen Schwankungen sind die Differenzen zwischen der west- und der ostdeutschen Bevölkerung in den Zufriedenheitswerten auffällig – doch dazu später mehr.

Ein ähnliches Bild hinsichtlich der Bewertungsdurchschnitte zeigt sich beim Vertrauen in politische Institutionen, selbst wenn man eine andere Datenquelle zur Rate zieht (European Social Surveys). Auch beim Institutionenvertrauen kann im letzten Jahrzehnt, so zeigen die Mittelwerte, *nicht von großen Abbrüchen* gesprochen werden. Konstanz kennzeichnet die Haltungen der Bürger, allerdings

⁸ Leider hat gerade bei der Erfassung der Demokratiezufriedenheit das Befragungsdesign einen nicht unwesentlichen Einfluss. Da dies von Studienreihe zu Studienreihe variiert, sind speziell Zeitvergleiche schwierig. Dies erklärt auch die hier aufgezeigten Schwankungen in der Demokratiezufriedenheit.

auf unterschiedlichen Vertrauensniveaus gegenüber den politischen Objekten. Heute wie 2002 ist das Vertrauen in Politiker am geringsten, heute wie 2002 ist das Vertrauen in die Institutionen der Judikative (Gerichte) und der Exekutive (Polizei) am höchsten (Abb. 4). Ebenfalls auf ein ungebrochen starkes Vertrauen kann das Amt des Bundespräsidenten setzen (hier nicht ausgewiesen). Vor dem Hintergrund der vielfältigen tagespolitischen Ereignisse sind die Schwankungen fast schon verblüffend gering – und deuten ebenfalls nicht auf einen Legitimitätsschwund hin.

Abb. 4: Vertrauen in politische Institutionen in Deutschland (Mittelwerte)
– hohe Konstanz in Unterschieden



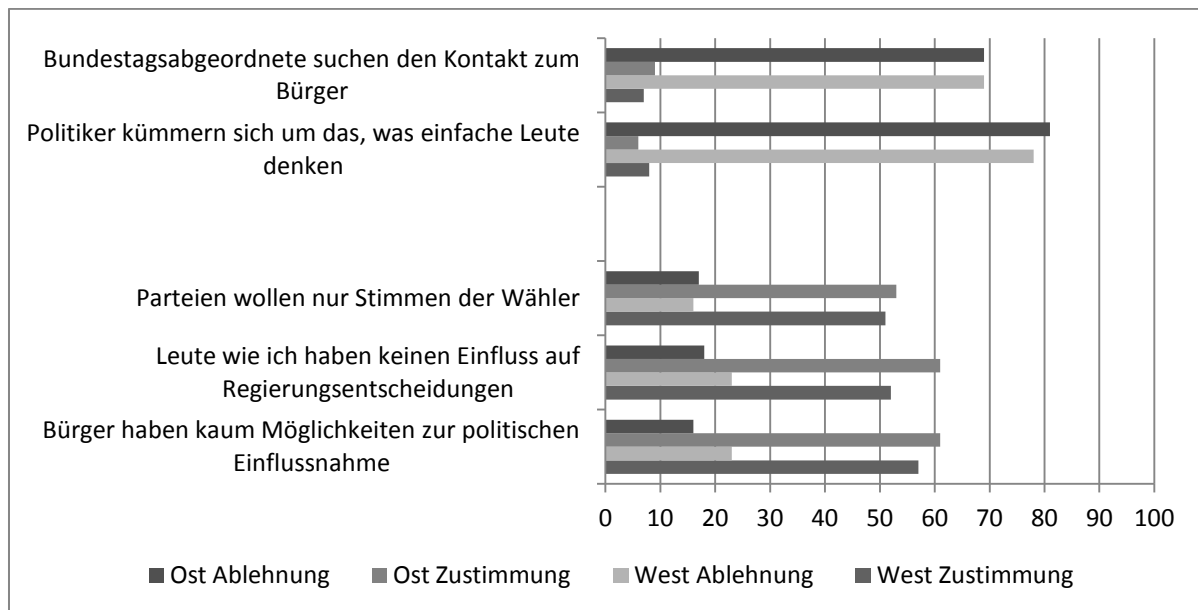
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis ESS 2002-2012; durchschnittlich 1000 Befragte; abgebildet Mittelwerte auf Skala von 0 (kein Vertrauen) – 10 (komplettes Vertrauen).

Der Vergleich über die letzten Jahre belegt eine hohe *Stressresistenz* politischer Institutionen: So, wie verschiedene politische Institutionen kein Vertrauen verlieren, so schaffen es Politiker und Parteien (und auch das Europäische Parlament) nicht aus dem „negativen Bewertungsbereich“ zu kommen (als mittlere Wertung ist der Mittelwert 5 anzunehmen). Dies entspricht früheren Forschungsbefunden zum politischen Institutionenvertrauen, die einen deutlichen Unterschied zwischen politischen Institutionen, die sich in der „schmutzigen“ Tagespolitik bewegen, und denen, die von dieser eher abgehoben sind, konstatieren (Gabriel 2007; Walz/Pickel 1995). Es sind vor allem die politischen Institutionen der Legislative, welche in der kritischen Betrachtung der Bürger stehen: Der Bundestag, die Parteien und die politischen Eliten werden weitgehend für die politische, soziale und wirtschaftliche Situation und Entwicklung im Land verantwortlich gemacht – oder zumindest für das, was nach eigener Ansicht dort nicht funktioniert. Gerichte und Exekutivorgane sind aus Sicht der Bürger eher (positiv bewertete) Kontrollmechanismen oder an Entscheidungen nicht beteiligte ausführende Organe. Besonders negativ wird das politische Personal bewertet.

Dieses Misstrauen gegenüber der „politischen Klasse“ wird durch eine Vielzahl empirische Befunde gestützt. So sehen 2013 – immerhin ein Wahljahr – mehr als drei Viertel der Bürger die Bundestagsabgeordneten als explizit nicht *bürger nah* im Sinne einer Kontaktfreudigkeit ihnen gegenüber an. Diese, gerade von Kommunalpolitikern gerne für sich in Anspruch genommene Bezeichnung *bürger nah*, trifft dabei genauso wenig auf eine entsprechende Wahrnehmung bei den Bürgern in West- und Ostdeutschland, wie das Gefühl, dass die Politiker überhaupt hinsichtlich der Bürgerinteressen *responsiv* sind. *Responsivität* bezeichnet dabei die Bereitschaft der vom Volk

gewählten Repräsentanten, die Wünsche und Interessen der Bürger, zum Beispiel in der Gesetzgebung, zu berücksichtigen und in der einen oder anderen Weise auf sie einzugehen (zusammenfassend Brettschneider 1995: 18-20; auch Eulau/Karps 1978) – ein Merkmal, das im demokratischen Repräsentationsprinzip angelegt ist. Genau diese Responsivität scheint aus Sicht vieler Deutscher nicht gegeben zu sein (Abb. 5; auch Geißel 2004: 1240-1245).

Abb. 5: Responsivität und Efficacy

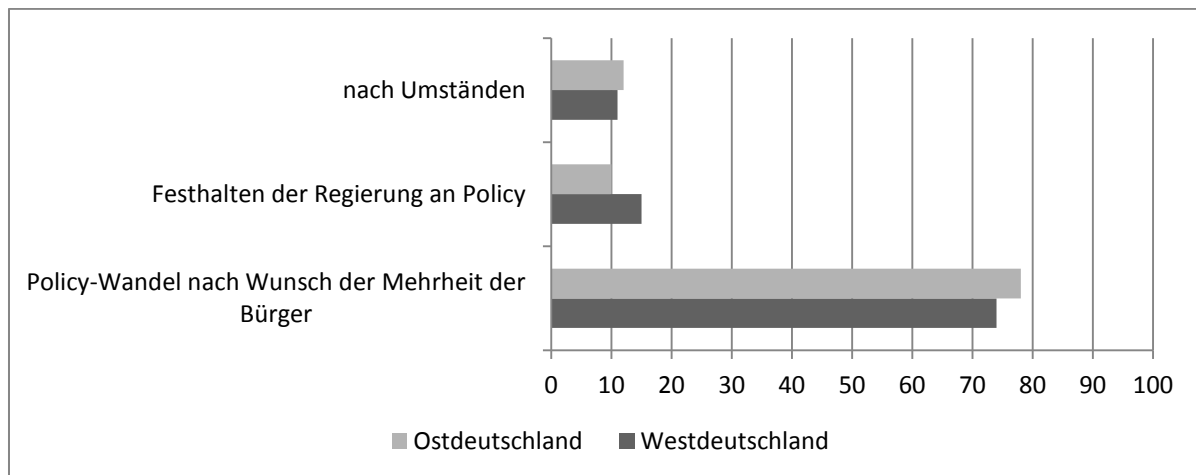


Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2013; Zustimmung und Ablehnung auf einer 5-Punkte-Skala in Prozent.

Nun ist es schwierig, exakt zu bestimmen, was der Grund für diese *Wahrnehmung* ist. Zum einen kann sie auf einer systematischen Fehlwahrnehmung der politischen Handlungen der Politiker beruhen, die nicht unmaßgeblich durch die Medienvermittlung politischer Ereignisse und Entscheidungen mitbestimmt ist. Zum anderen kann diese negative Wahrnehmung zu hohe Erwartungen an die Politik und ihre Vertreter reflektieren (siehe Pharr/Putnam 2000). Natürlich ist aber auch die Möglichkeit einer wirklich fehlenden Repräsentation der Bürgerinteressen in der Politik als Grund zu denken. Egal aber was die Wahrnehmung auslöst, der Effekt ist der gleiche – eine Unzufriedenheit mit diesem Aspekt der bundesdeutschen Politik. Die ungünstige Responsivitätswahrnehmung trägt sicher in größerem Umfang zum schlechten Bild „der Politiker“ in der deutschen Öffentlichkeit bei. Dieses allgemeine schlechte Image der Politiker wird auf die Parteien, immerhin dem zentralen Bindeglied zwischen Bürger und Regierenden in Demokratien, übertragen. Gerade einmal jeder sechste in West- und Ostdeutschland lehnt die Aussage „Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler“ ab, während mehr als die Hälfte der Befragten ihr zustimmt.

Die fehlende Responsivität und das mangelnde Interesse der Politiker und Parteien aus Sicht der Bürger, sich für ihre Belange – und damit das Gemeinwohl – einzusetzen, wird durch eine weitere Komponente verstärkt: Es besteht ein weit verbreitetes Gefühl der Bürger, kaum Einfluss auf Regierungsentscheidungen zu besitzen. Diese Input-Seite des politischen Prozesses wird als *internal efficacy* genannt. Sie bezeichnet das Gefühl einer Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns auf die politisch Herrschenden. Das verwandte Konzept der *external efficacy* beschreibt dann die Seite der Responsivität der Politik auf diese Forderungen (Lane 1959; Balch 1974). Wenn nun im Durchschnitt 60 % der Deutschen empfindet, keinen Einfluss auf Regierungsentscheidungen zu besitzen und kaum Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu haben, dann deutet dies auf eine recht massive – in West- wie Ostdeutschland übrigens bemerkenswert einhellige – Kritikhaltung an der (personellen) Ausgestaltung des demokratischen Systems hin. Gleichzeitig kann man die Aussagen aber auch als Kritik an der Durchlässigkeit des politischen Systems für Bürgerwünsche interpretieren.

Abb. 6: Das Beste für die Demokratie – Kontrolle und Responsivität



Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2013; Antworten in Prozent.

Diese kritische Haltung ist keineswegs irrelevant, stellt doch Responsivität einen zentralen Wunsch der Bürger dar. So erhoffen sich die Bürger, dass Veränderungsprozesse in der Politikgestaltung entsprechend der Wünsche der Bürger verlaufen. Nur gerade mal 10 % der 2013 Befragten empfinden zum Beispiel ein Festhalten der Regierung an einer einmal getroffenen Politikentscheidung, die den Interessen der Bürger offensichtlich zuwiderläuft, als gut – und genauer genommen als demokratisch. Drei von vier Bürgern sehen einen „Policy-Wandel im Sinne der Bürger“ als die für eine Demokratie angemessenste Option an (Ergebnisse GLES 2013). Nun sind auch diese Befunde nicht vollständig neu. So meinten schon 1998 drei von vier Bundesbürgern „Politiker kümmern sich nicht um meine Gedanken“ (Pickel 2002: 126) und fast 90 % der 13-29jährigen sahen Politik als „schmutziges Geschäft, in dem es nur um das Geld gehe und die Bevölkerung betrogen werde“ (Pickel 2002: 123). Angesichts dieser *Konstanz* der negativen Einschätzung von Politikern und Parteien dürfte nicht falsch sein, von einer *permanenten Politiker- und Parteienverdrossenheit* zu sprechen. Eine Politikverdrossenheit, wie sie 1992 (Wort des Jahres) und auch später öffentlich immer wieder beklagt wurde, ist mit Blick auf die präsentierten Daten allerdings nicht zu erkennen.

Fasst man diese Ergebnisse einmal kurz zusammen, so wird eines deutlich: *In Deutschland hat man es derzeit weder mit einer übergreifenden Legitimitätskrise der Demokratie noch einer allgemeinen Politikverdrossenheit zu tun. Gleichzeitig kann aber gesichert von einer Politiker- und Parteienverdrossenheit gesprochen werden.* Die Zufriedenheit mit der Demokratie und die Urteile über das aktuelle demokratische System resultieren aus zwei Einflusssträngen: Einerseits der in Deutschland verbreiteten hohen Basislegitimität seiner demokratischen Institutionen verbunden mit einer breiten Akzeptanz der Demokratie als Herrschaftsideal und andererseits einer gewissen Skepsis gegenüber dem politischen Personal in seiner pauschalen Betrachtung.

Die Zeitvergleiche zeigen nur *geringe Veränderungen auf dem Sektor der politischen Kultur in Deutschland* in den letzten Jahrzehnten. Ist also alles beim Alten und besteht kein Grund zur Sorge? Die beobachtete Konstanz entzieht zwar den vielfältig in der öffentlichen Meinung verbreiteten Krisenszenarien einer Delegitimierung der Demokratie jegliche Grundlage, sie kann aber bei genauer Sicht auch nicht einfach als Beruhigungssignal oder gar als ein „weiter so“ gewertet werden. Die Auswirkungen der massiven Unzufriedenheit mit dem politischen Personal auf die grundsätzliche Haltung zur Demokratie scheinen bislang sehr begrenzt. Dies muss aber nicht so bleiben. Die

politische Kulturforschung geht in ihren Annahmen von langfristigen Effekten aus (Pickel/Pickel 2006). Sollte also das Ansehen von Politiker und Parteien langfristig so schlecht bleiben, wie es jetzt ist, dann könnten sich vermittelt über Abbrüche in der politischen Unterstützung der aktuellen Demokratie auch Negativwirkungen für weitere Bereiche der grundsätzlichen Anerkennung von Demokratie ergeben.⁹ Diese Besorgnis gewinnt an Brisanz, wenn man ins Kalkül zieht, dass in den letzten Jahren doch gerade mit Blick auf Indikatoren der sogenannten Politikverdrossenheit (Zunahme der Nichtwahl, Ansehens- und Mitgliederverlust der Parteien) seitens der Politik einiges hinsichtlich Bürgerbeteiligung und Transparenz getan wurde. Dies scheint allerdings das mittlerweile doch langfristig gestörte Verhältnis zwischen den Bürgern und seinen Volksvertretern kaum positiv beeinflusst zu haben.¹⁰

4. Auch heute noch eine Mauer in den Köpfen?

Also nichts Neues in West und Ost? Hier muss man nun noch einmal genauer hinsehen. Eine Debatte der letzten Jahre konzentrierte sich weniger auf die Stärke der politischen Unterstützung der deutschen Demokratie, als vielmehr auf die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland (Fuchs 1997; Pollack 2000; Pollack/Pickel 1998; Veen 1997; Walz/Brunner 1997, 1998). So wurde in der Öffentlichkeit an dieser Stelle gerne über eine sogenannte *Mauer in den Köpfen* gesprochen, die der faktischen institutionellen Wiedervereinigung aus Sicht der Betrachter nicht in gleichem Maße gefolgt war. Speziell Haltungen zum demokratischen System der Bundesrepublik und ihren Institutionen fielen in den neuen Bundesländern ablehnender als in Westdeutschland aus. Anfangs waren die Erwartungen an dieser Stelle relativ entspannt, führte man doch die Unterschiede, welche sich gerade in der Demokratiezufriedenheit äußerten (Fuchs 1997; Gabriel 2000) weitgehend auf die unterschiedliche Sozialisation zurück. Über den Generationenwandel, so die Annahme, würden sich diese Unterschiede abschwächen, um dann – irgendwann einmal – ganz zu verschwinden. Einige Umfragedaten deuteten aber bereits recht früh darauf hin, dass sich diese Einstellungsunterschiede nicht so zwangsläufig legten, wie eingangs erwartet. In der Folge wurde, teils in zunehmend polemischerem Ton, auf eine *Ostalgie* und ein Überleben sozialistischer Wertorientierungen in der ostdeutschen Bevölkerung hingewiesen. Wie sieht dies nun fast 25 Jahre nach der Vereinigung aus?

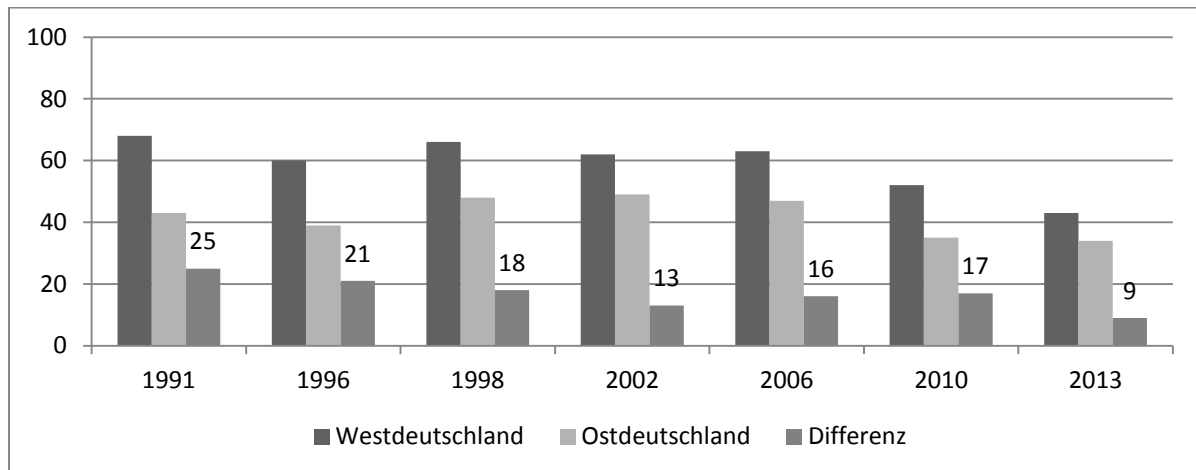
Mit Blick auf die begrenzten Unterschiede hinsichtlich der grundsätzlichen Anerkennung der Demokratie als bester Herrschaftsform in Abbildung 3 kann man wohl kaum von einer Mauer in den Köpfen reden. Vielmehr ist die *Demokratie* als Staatsform mittlerweile in *Ostdeutschland* wie in Westdeutschland *mehrheitlich anerkannt*. Die Lücke zwischen den Bewertungen hat sich dabei in den letzten Jahren weiter geschlossen, auch wenn in den neuen Bundesländern die Werte immer noch bis zu knapp zehn Prozentpunkte hinter denen in den alten Bundesländern zurückbleiben (auch Fuchs/Roller 2013: 371). Eher kann die Aussage einer *Mauer in den Köpfen* auf die erstaunlich

⁹ Es lassen sich kaum direkte Effekte der Politikerverdrossenheit auf die grundsätzliche Haltung zur Demokratie messen, allerdings bestehen signifikante – wenn auch keine starken – Effekte auf die Demokratiezufriedenheit (Pickel 2002: 285-287). Da diese auch eine Wirkung auf die generelle Haltung zu demokratischen Institutionen besitzt, benötigt es allein Einbußen auf der stabilisierenden Ebene wahrgenommener Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Effektivität sowie gewährleisteter Freiheitsrechte, um doch einen Legitimitätsverlust auszulösen.

¹⁰ Nun kann man darauf hinweisen, dass einzelne Politiker in Sympathieskalometern gar nicht so schlecht abschneiden. Dies ist auch begrenzt als eine gewisse Entspannung der doch harschen Beurteilung der „Kaste der Politiker“ zu sehen. Gleichzeitig darf man diese Zahlen nicht zu positiv bewerten, resultieren sie doch zum Teil aus Entscheidungen in Politikerkonkurrenz zwischen „geringeren Übeln“, zum anderen vor dem Hintergrund persönlicher Sympathie.

langlebigen und markanten Unterschiede in der Beurteilung der aktuellen Demokratie, wie sie sich in Deutschland präsentiert (Demokratieperformanz; Abb. 7) zurückgeführt werden. Diese Differenz hat sich, nach langsamer Abnahme, auf etwas über 15 Prozentpunkte eingependelt.¹¹ Die Differenzen werden von den (insgesamt etwas höher liegenden) Datenreihen der Eurobarometer gestützt, hier beläuft sich der Abstand konsistent auf um die 20 Prozentpunkte (Fuchs/Roller 2013: 371).

Abb. 7: Urteile über die Demokratiezufriedenheit in Deutschland im Zeit- und Gebietsvergleich



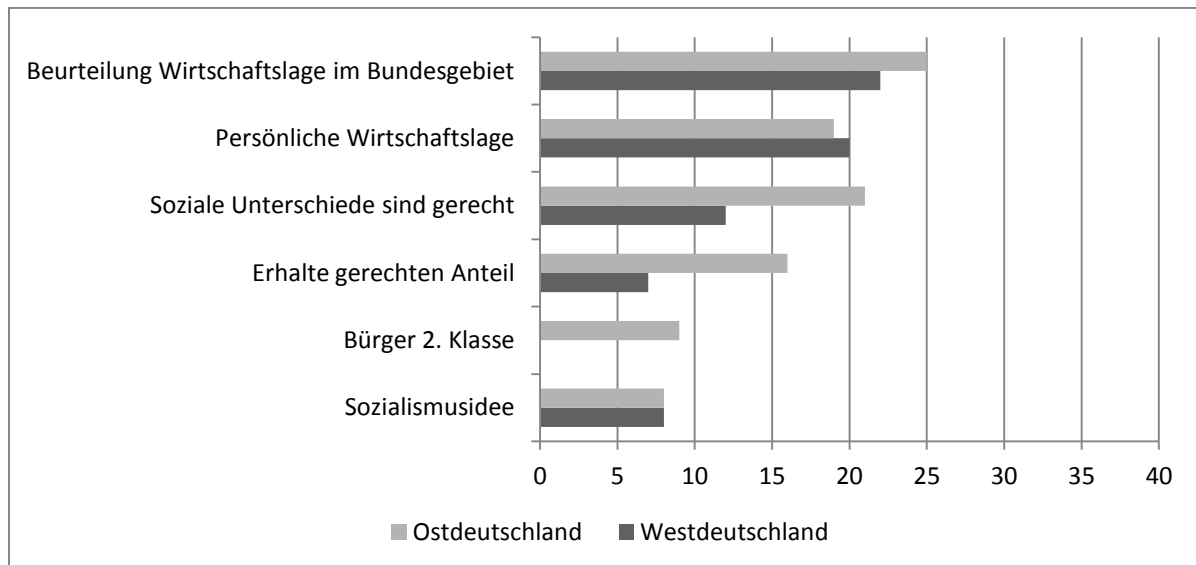
Quelle: Eigene Berechnungen; unterschiedliche Umfragen mit variierenden Fragestellungen: „Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht, zufrieden“; „Ich bin mit der Entwicklung der Demokratie in Deutschland zufrieden“; abgebildet = zustimmende Antworten in Prozent; Allbus 1991-2010, GLSS 2013 (5-Punkte-Skala).

Wie ist diese Stabilität der Abstände in der Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie zu erklären? In den entsprechenden Debatten wurden unterschiedliche Erklärungen angeführt. Die eine folgt der Argumentationslinie der klassischen politischen Kulturforschung und verweist auf die unterschiedliche Sozialisation der Bewohner beider Untersuchungsgebiete (z.B. Fuchs 1997). Als Konsequenz wäre eine Abnahme der Einstellungsunterschiede über die Generationen zu erwarten. Dies ist aber offensichtlich nur beschränkt der Fall, differieren doch die Zufriedenheitswerte zwischen den Alterskohorten nur geringfügig, wenn überhaupt. In Teilen könnte eine Weitersozialisation sozialistischer Werte oder in der ehemaligen DDR gewonnener Überzeugungen durch die Familien die hartnäckige Persistenz dieser Einstellungsunterschiede mit erklären. Der *Sozialisationshypothese* (Neller 2006) entgegen läuft die Annahme der sogenannten *Situationshypothese* (Pollack 1997; Walz/Brunner 1997). Letztere macht situative Unterschiede (zum Beispiel in den ökonomischen Möglichkeiten) für die Differenzen verantwortlich. Einfach gesagt: Den Ostdeutschen geht es im Durchschnitt sozioökonomisch schlechter als den Westdeutschen und dies führt zu einer geringeren politischen Unterstützung des Systems. Ein alternatives Erklärungsmodell leitet sich aus der These der *relativen Deprivation* ab. Dort ist es der Vergleich der west- und ostdeutschen Entwicklung von Seiten der Ostdeutschen, der ihnen Hinweise auf eine Benachteiligung gibt (Pickel 2002; Pollack/Pickel 1998). Die im Vergleich zum Westen entstehende „Negativbilanz“ führt bei einigen Ostdeutschen zu einer Zurückhaltung in der politischen Unterstützung. Als letzte Hypothese ist noch die *Identitätshypothese* (Pollack 1997) zu benennen. Sie verweist auf eine mangelnde Anerkennung

¹¹ Der deutlich geringere Unterschied für 2013 ist vermutlich auf ein anderes Befragungsdesign mit einer Abfrageskala mit Mittelkategorie zurückzuführen.

der Ostdeutschen seitens der Westdeutschen, was letztendlich zu einer Art *Abgrenzungsidentität* führt.¹²

Abb. 8: Urteilsbegründungen der Demokratiezufriedenheit – kausale Effekte und Prädiktoren



Quelle: Eigene Berechnungen; Allbus 1991-2010; Darstellung Zusammenhangskoeffizient Pearsons R.

Betrachtet man anhand eines Blicks auf die statistischen Korrelationen zwischen den verschiedenen Einzelindikatoren in Verbindung mit den theoretisch hergeleiteten Kausalannahmen die *Effekte* verschiedener Bestimmungsfaktoren auf die politische Unterstützung der aktuellen Demokratie, dann wird schnell klar, dass die Einschätzung der ökonomischen Situation (persönlich wie auch im Bundesgebiet) den stärksten Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit besitzt. Danach folgen die Akzeptanz sozialer Unterschiede als gerecht und die Wahrnehmung, den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, in der Effektstärke. Die Einschätzung, Bürger zweiter Klasse zu sein, oder die Haltung gegenüber der Idee des Sozialismus haben einen deutlich geringeren Effekt. Es ist also die wirtschaftliche Effektivität, oder besser deren Wahrnehmung durch die Bürger, welche für die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie in bedeutendem Maße verantwortlich ist. Doch auch die anderen Faktoren spielen eine (statistisch signifikante) Rolle, wenn sie auch eine geringere Wichtigkeit besitzen.¹³

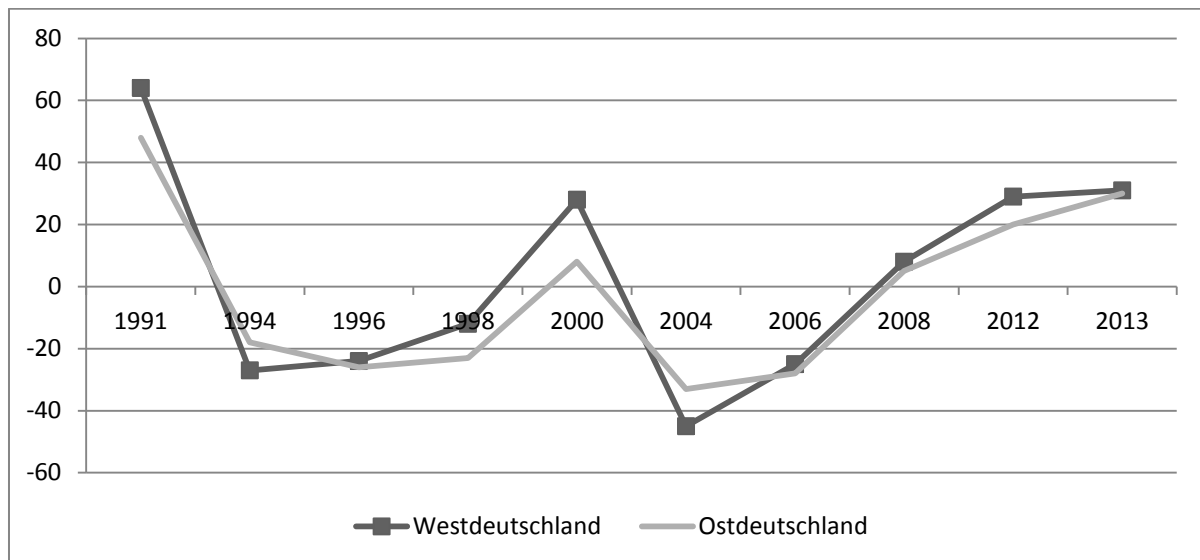
Nun sind kausale Effekte zur Erklärung von Demokratiezufriedenheit ein Erkenntnisgewinn, sie sagen aber nur begrenzt etwas darüber aus, ob auf diese Weise Unterschiede in die Ost-West-Verteilungen gelangen. Nur wenn sowohl bei den Kausaleffekten als auch in den erklärenden Variablen Ost-West-Unterschiede bestehen, können die Variablen eine Relevanz für die Ost-West-Unterschiede besitzen. Andernfalls wirken sie sich zwar auf die Demokratiezufriedenheit aus, können aber eben keine Differenz zwischen den Untersuchungsgruppen erzeugen. Und tatsächlich, für den stärksten Prädiktor – die Beurteilung der ökonomischen Lage im Bundesgebiet – tritt genau der geschilderte Fall ein: Die zu beobachtenden Kurven unterscheiden sich über die Zeit zwischen West- und

¹² Die Diskussion wurde an anderer Stelle ausführlicher präsentiert (Pickel 1998: 159; Pickel 2012a: 145).

¹³ Die Auswahl der Kausalfaktoren basiert auf der Grundlage der vorgestellten Erklärungsmodelle für die West-Ost-Unterschiede in den politischen Einstellungen. Ebenfalls für die Erklärung der Demokratiezufriedenheit interessante Faktoren (politische Effektivität, Politikverdrossenheit, Beurteilung von Rechtsstaatlichkeit) wurden aus Platzgründen ausgespart.

Ostdeutschland kaum. Oder anders gesagt: *Es gibt keine wesentlichen Unterschiede in der Wahrnehmung der ökonomischen Situation zwischen West- und Ostdeutschland*, welche für die Differenzen in der Demokratiezufriedenheit verantwortlich sein können. Die ökonomische Lage hat zwar einen wesentlichen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit im Allgemeinen, die Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland erklärt sie aber nicht. Gleiches kann auch für die (hier nicht ausgewiesene) persönliche Wirtschaftslage konstatiert werden.

Abb. 9: Urteilsbegründungen der Demokratiezufriedenheit – Wirtschaftslage im Bundesgebiet



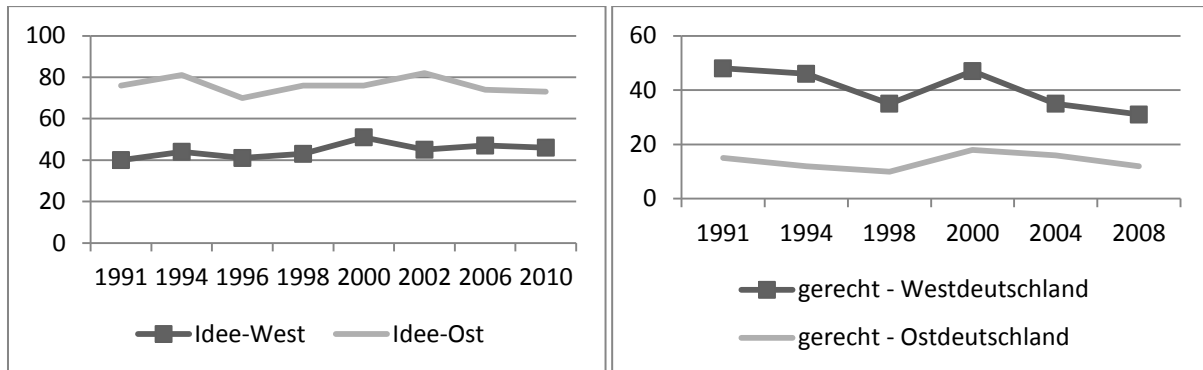
Quelle: Eigene Berechnungen; Allbus 1991-2012; GLES Sommer und Herbst 2013; Fallzahlen durchschnittlich 1000 Befragte; abgebildet ist ein Differenzindikator, der sich aus der Subtraktion der Ablehnung (eher schlecht/sehr schlecht) von der Zustimmung (sehr gut/eher gut) für die jeweiligen Jahre ergibt.

Dieser Befund revidiert erst einmal den Kern der Annahmen der Situationshypothese. Diese scheint sich in so direkter Weise nicht als Erklärungskonzept für die Ost-West-Unterschiede verwenden zu lassen.¹⁴ Wie sieht es aber nun mit den anderen als einflussreich propagierten Faktoren aus? Hier verändert sich die Sachlage. Sowohl in der Einschätzung des „Sozialismus als gute Idee“, die nur schlecht ausgeführt wurde, als auch in der Feststellung „Soziale Unterschiede sind gerecht“ unterscheiden sich West- und Ostdeutschland auch 2010 (oder 2008) noch erheblich. Von einer Annäherung ist in diesen Einstellungen wenig zu sehen – wenn, dann ist diese als marginal einzustufen. Damit können sie als Erklärungen für die Differenzen in der Demokratiezufriedenheit zwischen West- und Ostdeutschland dienen (Abb. 10). So wie die Befürwortung der Aussage zur *Sozialismusidee* in Ostdeutschland konstant um 30 Prozentpunkte über dem Wert in Westdeutschland liegt, sind mittlerweile noch 12 % der Westdeutschen eher bereit *soziale Ungleichheit* als gerecht anzusehen. Dabei ist ein Blick auf die Entwicklung beider Zahlenreihen interessant: Sowohl die Befürwortung der Sozialismusidee als auch die Beurteilung sozialer Ungleichheit zeigt erst in den letzten Jahren überhaupt eine Annäherung zwischen den neuen und den alten Bundesländern – die Zustimmung zur Sozialismusidee in Ostdeutschland sinkt kaum merklich, die Akzeptanz sozialer Ungleichheit steigt. Die Distanzreduktion bei der Akzeptanz sozialer

¹⁴ Die ähnlichen Wahrnehmungen sagen nur begrenzt etwas über die sozioökonomischen Unterschiede in der Bevölkerung aus. Analysen zeigen aber ihre höhere Wirksamkeit im Vergleich zu objektiven Unterschieden, so können Einkommensunterschiede häufig nicht einmal einen kausalen statistischen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit entfalten.

Ungleichheit resultiert vor allem aus einem erheblichen Akzeptanzverlust (15 Prozentpunkte) in Westdeutschland.

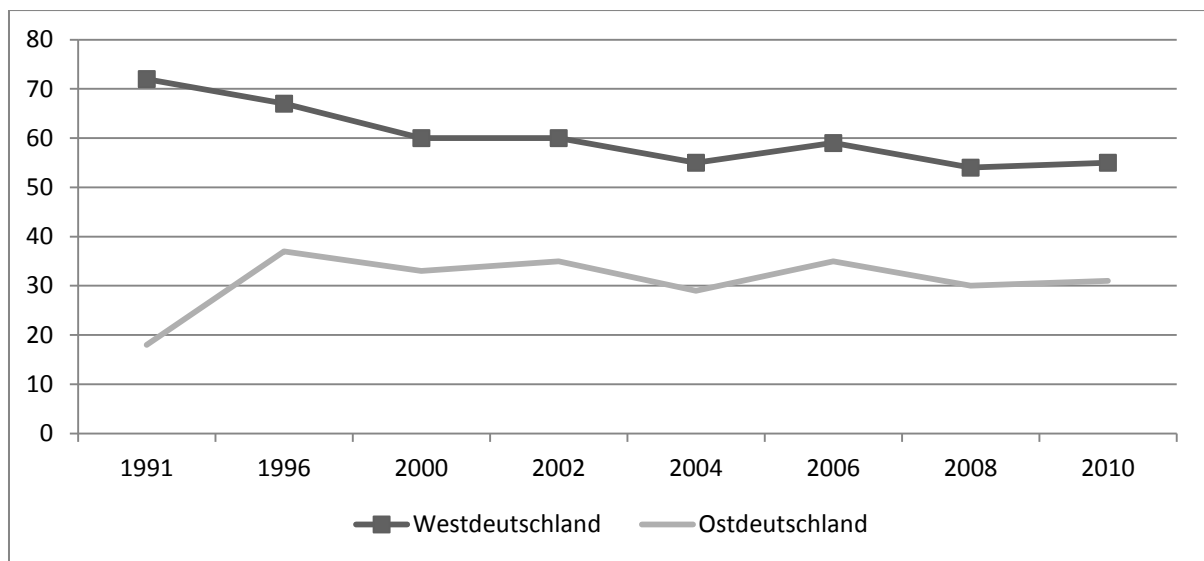
Abb. 10: Urteilsbegründungen der Demokratiezufriedenheit – Offenheit gegenüber der Sozialismusidee und Akzeptanz sozialer Ungleichheit



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis Allbus 1991-2010; Fallzahlen durchschnittlich 1000 Befragte; abgebildet zustimmende Antworten auf Frage „Sozialismus als Idee ist generell gut, wurde aber nur schlecht ausgeführt“ und „Soziale Unterschiede sind gerecht“. Darstellung in Prozent.

War nun bei der Sozialismusidee der kausale Effekt eher schwach, sieht dies für die Akzeptanz sozialer Ungleichheit anders aus. Dort kombiniert sich ein gut erkennbarer Unterschied der Haltungen zwischen West- und Ostdeutschland mit einer relevanten Kausalwirkung, die ja in Ostdeutschland noch einmal wesentlich stärker als in Westdeutschland ist (Abb. 8). Unterschiede im Verständnis sozialer Ungleichheit sind wesentlich an den Differenzen in der Demokratiezufriedenheit zwischen West- und Ostdeutschland beteiligt. Dies verbindet sich mit einem Gefühl der relativen Benachteiligung (Abb. 11). Nach Überwindung der Anfangsunzufriedenheit aus der Transformationsphase bis 1996, haben sich die Differenzen in der Einschätzung den gerechten Anteil zu bekommen (oder nicht) relativ konsistent mit gleichlaufenden Schwankungen bis 2010 (und vermutlich heute) gehalten. Sehen in Westdeutschland 55 % der Bürger sich in Besitz des ihnen zustehenden Anteils am allgemeinen Lebensstandard, kann sich dieser Anteil in Ostdeutschland nicht substantiell von der 30 %-Linie lösen. Ein recht großer Anteil der Ostdeutschen sieht sich in Relation zu den anderen Mitbürgern in Deutschland benachteiligt. Und dies hat eine Wirkung auf die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie, macht man doch fast einhellig den Staat für die Bereitstellung von Verteilungsgerechtigkeit verantwortlich (Pickel 2012a: 155-157). In Zusammenspiel mit der generell geringeren Akzeptanz von sozialer Ungleichheit lässt sich hier das zentrale Erklärungsmuster für die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland in der Demokratiezufriedenheit identifizieren.

Abb. 11: Urteilsbegründungen der Demokratiezufriedenheit – Ungerechte Verteilung („Erhalte den gerechten Anteil am Lebensstandard“)



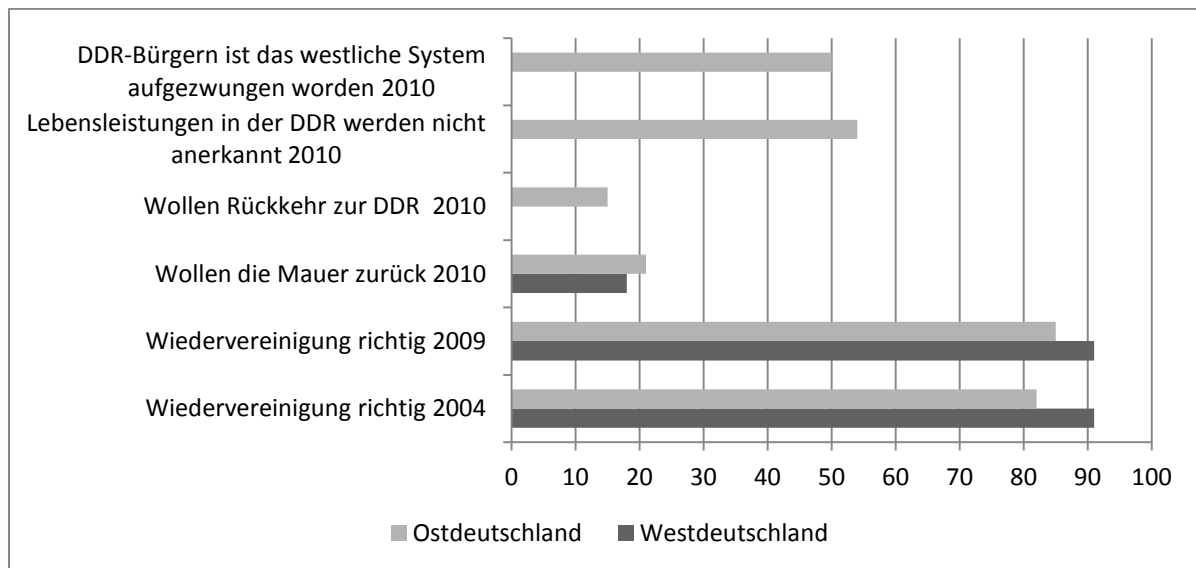
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis Allbus 1990-2010; Werte = „erhalte gerechten Anteil“/Referenzkategorien sind „erhalte weniger“ oder „mehr als den gerechten Anteil“; Fallzahlen durchschnittlich 1000 Befragte. Darstellung in Prozent.

Die bemerkenswerte Stabilität dieser Differenz und des fehlenden Gefühls vieler Ostdeutscher einen gerechten Anteil an der Verteilung des Wohlstands in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland zu bekommen, wird durch ein weiteres Ergebnis begleitet: Von 1991 bis 2010 hat sich die Zahl der Ostdeutschen, die sich als Bürger zweiter Klasse sehen, in den Umfragen kaum verringert. Heute wie vor 20 Jahren liegt die Zustimmung zu einer entsprechenden Frage bei fast 80 %.¹⁵ Diese Aussagen kann man in Kombination als *empfundene Anerkennungslücke* deuten. Sie hat sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mittlerweile über die Generationen hinweg verfestigt. Damit wird erkennbar, warum es über die Generationen hinweg nicht zu einer vollständigen Ost-West-Angleichung in der politischen Unterstützung der aktuellen Demokratie gekommen ist – und vermutlich so schnell auch nicht wird: Bei den Gründen für die Einstellungsunterschiede handelt es sich um Gefühle und Wahrnehmungen, die *an das entsprechende Identitätsgebiet gekoppelt* sind.

Doch nicht, dass die Ergebnisse falsch interpretiert werden! Zwar besteht in den neuen Bundesländern eine etwas größere Unzufriedenheit mit der Demokratie, als sie in den alten Bundesländern existiert, gleichzeitig will aber kaum jemand die DDR zurück (Abb. 12). Man hat sich in den neuen Bundesländern an die Freiheiten des neuen politischen Systems gewöhnt und sie schätzen gelernt, ohne dabei die eigenen (auf ungünstigen Erfahrungen beruhenden) Kritikpunkte auszublenden. Dieter Fuchs (2002; Fuchs/Roller 2013) führt dies darauf zurück, dass die meisten Ostdeutschen sehr wohl eine Demokratie, diese aber mit einer stärkeren sozialistischen oder sozialen Ausrichtung wollen. Eine starke liberale und speziell marktliberale Ausrichtung ist für sie deutlich weniger attraktiv als für ihre westdeutschen Mitbürger, wobei die Attraktivität auch dort zu sinken scheint. Wohlfahrtssicherung, aber vor allem Umverteilung und soziale Gerechtigkeit stehen für viele Ostdeutsche stärker im Vordergrund ihrer politischen Kultur als in Westdeutschland.

¹⁵ Frageformulierung (Emnid-Institut): Was trifft wohl auf die Bürger der neuen Bundesländer zu? Die einen sagen: „Wir fühlen uns durch die Vereinigung als gleichberechtigte Bürger“, die anderen sagen: „Wir werden auf längere Zeit trotz Vereinigung Bürger zweiter Klasse bleiben“?

Abb. 12: Beurteilung der Wiedervereinigung



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer-Extra 20 Jahre Mauerfall 2009; SFZ Volkssolidarität „20 Jahre friedliche Revolution“ 2010; Focus-Einheitsstudie 2010. Angaben in Prozent.

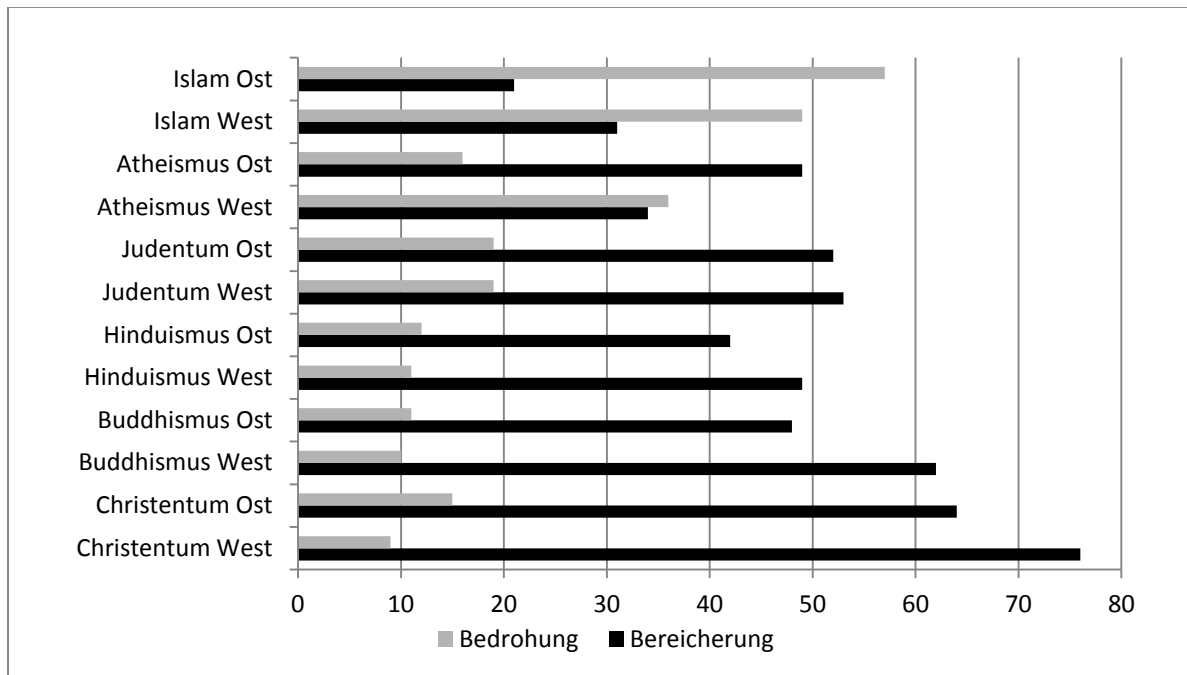
Der Vergleich dieser Forderungen mit den Gegebenheiten in der Bundesrepublik führt Befragte in Ostdeutschland zu einer Benachteiligungswahrnehmung. So finden sich die ostdeutschen Bürger fast 25 Jahre nach dem Umbruch aus ihrer Sicht immer noch in einer gegenüber den Westdeutschen ungünstigen Situation. Und dies ist ja keine reine Illusion, gibt es doch gute Beispiele für substantielle soziale und ökonomische Nachteile wie auch vielfältige Abstiegs Erfahrungen im persönlichen Umfeld im Zuge der Transformationsphase nach 1989. So ist es die *Mischung aus realen Ungleichheiten* zwischen West- und Ostdeutschland und stärker auf soziale Gleichheit ausgerichteten *Wertvorstellungen*, welche mehr Ostdeutsche dazu bringt, sich im Vergleich zu den Westdeutschen nicht mit dem gerechten Anteil, der ihnen zusteht, belohnt zu sehen. Diese Vorstellung einer Benachteiligung hat sich in den Köpfen vieler Ostdeutscher festgesetzt und wird auf die nachfolgenden Generationen übertragen. Diese Stabilität der Ungleichheitswahrnehmung ist somit keine Mauer in den Köpfen aber ein für Ostdeutschland nach wie vor bestehendes *Gefühl einer Anerkennungslücke*, welche die politische Kultur in Deutschland auch heute maßgeblich prägt.

5. Religiöse Pluralisierung als Bedrohung der politischen Kultur?

Neben den grundsätzlichen Betrachtungen der politischen Kultur Deutschlands lohnt es sich, einen Blick auf ein Phänomen zu werfen, welches ebenfalls die Haltungen der Bürger zur politischen Gemeinschaft beeinflussen könnte – oder für die zukünftige Entwicklung der politischen Kultur berücksichtigt werden sollte. So spitzte sich in den letzten Jahren eine kontroverse und in Teilen sogar in offene Konflikte umschlagende Diskussion zu, die unter dem Label *Integrationsdebatte* öffentliche Bedeutsamkeit errang. Mit Integration ist ein Kernmerkmal der politischen Kultur angesprochen (Pickel 2012b, 2013). In den Beziehungen zwischen Kultur und Struktur ist es bedeutsam, dass auf der Ebene der politischen Gemeinschaft eine gewisse Übereinstimmung zwischen den Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft vorherrscht. Genau diese Gemeinsamkeit stellt aber die Integrationsdebatte mit Blick auf Zuwanderer und auch deren Nachkommen in Frage. So argumentiert eine Gruppe, dass die Zuwanderer in den sich ausbildenden neuen Migrationsgesellschaften in Westeuropa nicht bereit seien, sich in die politische Gemeinschaft des

Aufnahmelandes zu integrieren. Andere wiederum verweisen darauf, dass die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft ihrerseits nicht bereit seien, sich für die Zuwanderer zu öffnen. Bemerkenswert an dieser Diskussion ist, dass sich der Fokus hinsichtlich der „Problemgruppe“ zwischenzeitlich markant verschoben hat. Es sind nicht mehr die Zuwanderer, welche als zentrales Problem ausgemacht werden, sondern eine spezifische religiöse Gruppe – die Muslime. Daran dürften nicht unwesentlich die weltweiten Auseinandersetzungen mit religiöser Zuschreibung der letzten Jahrzehnte und daraus resultierende Mediendarstellungen schuld sein.

Abb. 13: Wahrnehmung religiöser Pluralisierung in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen, Bertelsmann Religionsmonitor 2013; „Wenn Sie an die Religionen denken, die es auf der Welt gibt: Als wie bedrohlich bzw. wie bereichernd nehmen sie die folgenden Religionen wahr?“ Anteile: „sehr bedrohlich“/ „eher bedrohlich“; „sehr bereichernd“/ „bereichernd“. Angaben in Prozent.

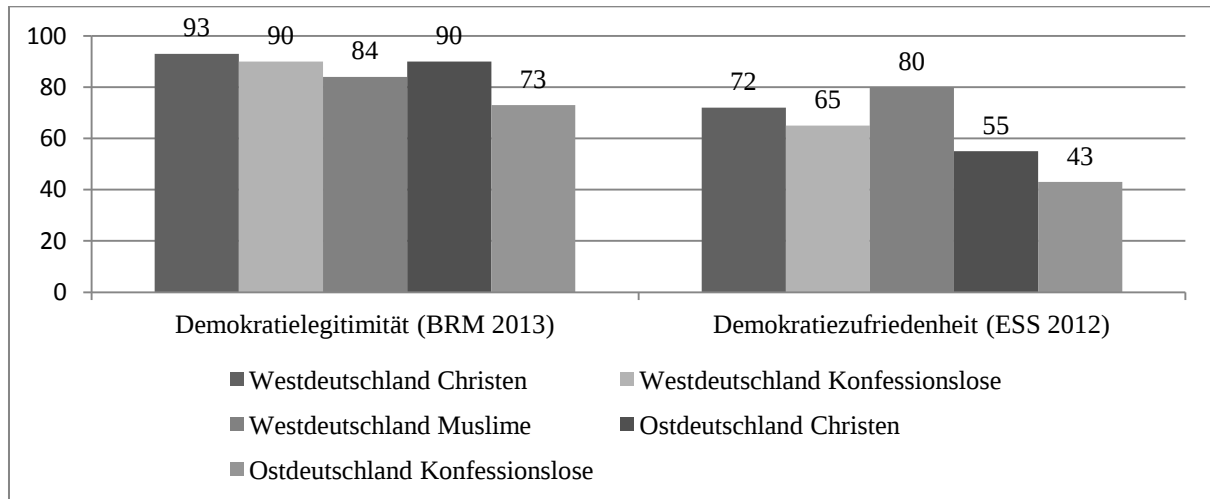
Anders als andere fremdreligiöse Gruppen schlägt dem Islam und auch den Muslimen (siehe zusammenfassend Pollack u.a. 2014) eine besonders große Skepsis entgegen (Abb. 13). Diese übersteigt, wie Daten des International Social Survey Programms zeigen, auch die Skepsis gegenüber Zuwanderern oder Gastarbeitern. Diese Neuausrichtung auf eine *religiöse Zugehörigkeitszuweisung* hat zur Folge, dass nun aber eben nicht nur Zuwanderer, sondern auch Muslime, die in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben, von dieser Skepsis oder gar Ablehnung größerer Teile der deutschen Bevölkerung erfasst werden.¹⁶ Zentraler Grund für diese Skepsis ist die Zuschreibung einer Konflikthaftigkeit und einer Bedrohung, die aus Sicht der Skeptiker von den Muslimen ausgeht.

Nun kann man sich die Frage stellen, ob Muslime vielleicht wirklich nicht bereit sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Wenn man einmal davon ausgeht, dass die rechtlich gesicherte Religionsfreiheit ein Nebeneinander der Kulturen und Religionen als ungefährlich für die Integration der Gesellschaft bestimmt, kann sich ein entsprechendes Urteil nur auf die Haltung der muslimischen Bürger zur politischen Kultur Deutschlands beziehen. Und genau diese Haltung wird häufig von dem

¹⁶ Ohne Zweifel trägt hier die vermeindliche Möglichkeit der Identifizierung von Muslimen in der Öffentlichkeit mit zu dieser undifferenzierten Zuschreibungspraxis bei. Dies gilt speziell für Frauen, die man anhand des Tragens von Kopftüchern identifizieren zu können scheint.

Islam skeptisch gegenüberstehenden Gruppen mit Verweisen auf die fehlende Demokratiefähigkeit in Frage gestellt. Zumeist sind die Anteile von Muslimen an Bevölkerungsstichproben für eine Überprüfung dieser Frage zu niedrig, einzig der Bertelsmann Religionsmonitor 2013 (Pickel 2013) bietet aufgrund einer Überquotierung muslimischer Bürger eine gewisse Vergleichsmöglichkeit.

Abb. 14: Haltung von Muslimen zur Demokratie in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen; Bertelsmann Religionsmonitor 2013: Demokratielegitimität = „Demokratie ist gute Regierungsform“ (Anteil befragter Muslime, n=322), Zustimmende Antworten („stimme voll und ganz zu“ + „stimme eher zu“) auf Vier-Punkte-Skala; ESS 2012: Demokratiezufriedenheit, Zustimmende Antworten 6-10 auf einer Elf-Punkt-Skala (Anteil befragter Muslime n=72). Angaben in Prozent.

Das Ergebnis ist bei einem Wunsch nach einer stabilen politischen Kultur in Deutschland relativ beruhigend, stehen doch die befragten Muslime – wenig anders als ihre anderen deutschen Mitbürger – in überwältigender Mehrheit zur Regierungsform der Demokratie (Abb. 14).¹⁷ Also auch bei ihnen ist die Legitimität der Demokratie, allen kulturellen Differenzen zum Trotz, weit verbreitet. Damit ist allerdings das auf der Ebene der politischen Kultur in dieser Frage schwellende Konfliktpotential noch nicht aufgelöst. So kann auch die Nichtakzeptanz einer anderen, mittlerweile ja auch beachtlich wachsenden, Sozialgruppe in der Bevölkerung Konflikte mit sich bringen. Schaut man genauer hin, werden die Auswirkungen entsprechender Haltungen auf die politische Kultur gut erkennbar (Abb. 15). Es wird nicht nur deutlich, dass auch in Deutschland ein Volksentscheid zur Frage eines Verbotes von Minaretten sehr gute Chancen auf Erfolg hätte, auch die mehrheitlich getragenen Forderungen nach Abschottung durch Einwanderungsbeschränkungen sowie Einschränkungen in der Glaubenspraxis deuten auf eine eingeschränkte Offenheit gegenüber Muslimen hin. So sieht man den Islam nur selten als in die deutsche Gesellschaft passend an und identifiziert ihn als Ausgangspunkt für zukünftige Konflikte. Aus politischer Sicht noch brisanter ist der Befund, dass wesentliche Bevölkerungsgruppen in West- wie in Ostdeutschland (ungeachtet der sehr unterschiedlichen Erfahrungswerte mit Muslimen im Lebensumfeld) eine staatliche Überwachung islamischer Gruppen für sinnvoll halten. Nicht abzusehen ist bislang, inwieweit der Umgang der politischen Entscheidungsträger mit den Muslimen nun Unzufriedenheiten der Mehrheitsbevölkerung mit sich bringt oder auf der Seite der deutschen Muslime einen Einbruch in der Unterstützung des politischen Systems zur Folge haben könnte.

¹⁷ Ergebnisse der Studie Six Country Immigrant Comparative Survey (SCIICS) am Wissenschaftszentrum Berlin von 2008 sind in dieser Einschätzung etwas zurückhaltender (Koopmans 2013: 21-25).

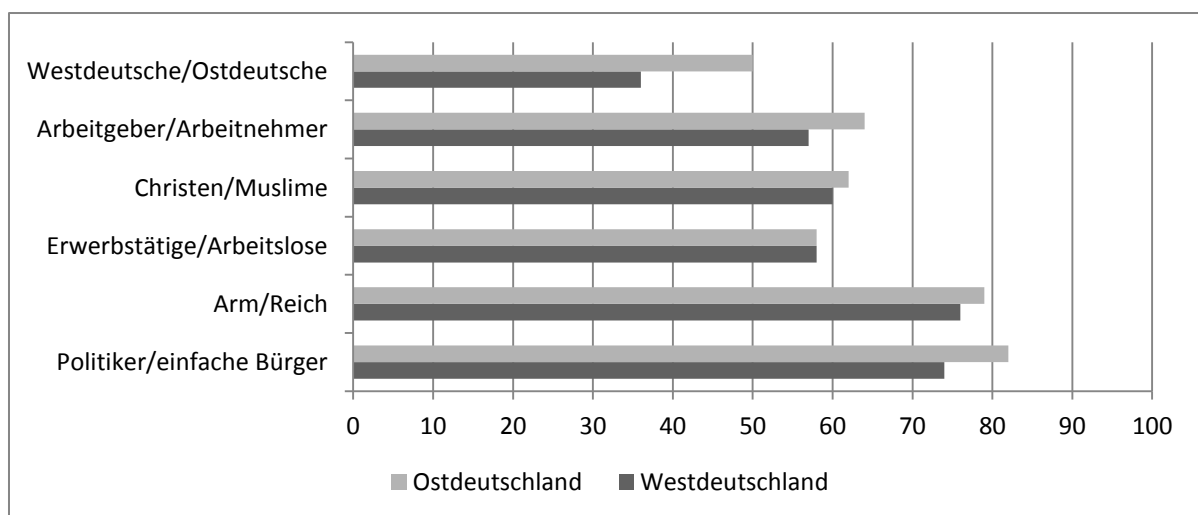
Abb. 15: Konsequenzen – Haltung zum Islam und Muslimen in Zahlen

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Befürwortung Moscheebau (2010)	28	65	19	74
Befürwortung Minarettbau (2010)	18	75	12	80
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zunehmende Anzahl der Muslime als Konfliktursache (WArV 2010)	72	25	77	22
Wünschen ein Limit der Zuwanderung für Muslime (WArV 2010)	65	30	76	18
Einschränkung islamischer Glaubenspraktiken (WArV 2010)	42	52	55	40
Islam passt in die deutsche Gesellschaft (Allbus 2012)	8	46	6	59
Staat sollte islamische Gruppen beobachten (Allbus 2012)	30	25	41	16

Quelle: WArV 2010, Allbus 2012; Zunehmende Anzahl der Muslime als Konfliktursache = Zustimmung = „stimme stark zu“ + „stimme eher zu“; Ablehnung = „stimme eher nicht zu“ + „stimme überhaupt nicht zu“; Residuale Werte sind „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ (bei Allbus 2012 zusätzlich Mittelkategorie stimme weder zu noch lehne ab). Angaben in Prozent.

Deutlich wird: Die lange Zeit nur noch wenig beachtete Differenz zwischen religiösen Gruppen scheint als potentieller Konfliktfaktor in die deutsche politische Kultur zurückgekehrt zu sein. Immerhin 60 % der Deutschen sehen dies so (Abb. 16). Ein Konflikt zwischen Christen und Muslimen wird als wahrscheinlicher eingeschätzt als einer zwischen West- und Ostdeutschen. Viele Deutsche haben also Angst vor dem, von Samuel Huntington (1996) propagierten, „Kampf der Kulturen“, sehen aber die ebenfalls noch bestehenden Ost-West-Differenzen weitgehend als unproblematisch an.

Abb. 16: Konflikte der Zukunft – sozial, politisch und religiös



Quelle: Eigene Berechnungen Allbus 2010; Frage: „Welche Konflikte sehen sie zukünftig in Deutschland?“, zustimmende Antworten in Prozent.

Es zeigt sich also, dass trotz der bestehenden Unterschiede die Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschen eher eine nachrangige Stellung einnehmen, was ihren Konfliktcharakter angeht. Zwar machen in den neuen Bundesländern immerhin noch über die Hälfte der Befragten hier einen Konflikt aus, andere Konflikte werden aber als brennender angesehen. Die beiden wichtigsten führen

uns zu den vorangegangenen Abschnitten zurück: Drei von vier Deutschen sehen die Auseinandersetzung zwischen Reich und Arm als eine zukünftige Konfliktlinie an. Dieser Konflikt ist Folge einer als sich steigernd empfundenen sozialen Ungleichheit. Hier wird deutlich, dass vor allem relative Bewertungen von sozialer Gerechtigkeit hohe Relevanz für die politische Unterstützung des demokratischen Systems – und damit für die politische Kultur – besitzen. Und fast 80 % der Deutschen empfinden 2010 einen massiven *Konflikt zwischen einfachen Bürgern und Politikern*. Diese Einschätzung deutet auf eine Haltung in der Gesellschaft hin, die man wieder gut unter das Stichwort *Politikerverdrossenheit* fassen kann. Sollte es den Politikern nicht gelingen ihrer äußerst ungünstigen Wahrnehmung entgegenzuwirken, dann sind auf lange Sicht negative Folgen für die Legitimität des Herrschaftssystems zu erwarten.

6. Fazit – Weder Legitimitätskrise, noch Mauer in den Köpfen – doch viele Herausforderungen

Was ist das Ergebnis dieser Standortbestimmung zur politischen Kultur in Deutschland? Ziemlich sicher ist, es besteht auch weiterhin *keine Legitimitätskrise* der deutschen Demokratie. Die Demokratie wird von fast allen Bürgern als die beste Herrschaftsform angesehen, eine andere wünscht man sich nicht. Und dies schließt auch (geht man davon aus, dass die Zahlen belastbar sind) die Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund ein. Mit dem zur Demokratie gehörigen politischen Personal sieht es etwas anders aus. So findet sich diametral zur Demokratielegitimität eine massive und über die Zeit äußerst stabile *Politiker- und Parteienverdrossenheit*. Spricht man von Politikern im Allgemeinen, dann traut man ihnen kaum etwas Gutes zu. Aus Sicht der Regierten sind Politiker maximal an ihrem Eigennutz interessiert und minimal am Gemeinwohl, was aber eigentlich ihr Ziel sein sollte. In Teilen hat man sich damit abgefunden, zufrieden ist man deswegen mit dieser so wahrgenommenen Situation nicht. So bestehen unter den Bürgern erhebliche Wünsche nach größerer *Responsivität* der Politiker und Parteien, Transparenz der Politik und auch *wirksamer Beteiligung* am politischen System. Nicht, dass jeder Bürger diese Beteiligungsmöglichkeiten immer gleich einlösen möchte, aber bereits ihre Gewährung, also eine Gelegenheitsstruktur der politischen Partizipation, wird schon als Schritt in die richtige Richtung eingestuft.

Nun kann als weiterer Befund festgehalten werden, dass dies nun auch *nichts wirklich Neues* ist. Viele der Zahlen bewegen sich bereits seit Jahrzehnten, zumindest seit der Wiedervereinigung, auf einem ähnlichen Niveau. Doch auch in der *Konstanz* kann ja eine neue Erkenntnis liegen, setzt man sie ins Verhältnis zu kursierenden Annahmen: Hätte man nicht vor dem Hintergrund der regen Debatten um Legitimitätskrise, Demokratiedefizit, Postdemokratie und politischer Entfremdung doch schlimmeres erwarten können? Etwas polemisch ausgedrückt – ja. Nicht jede Krisenerscheinung bringt das Ende der Demokratie mit sich. Manchmal scheint es eher angebracht die Verbreiter der Krisenszenarien darauf hinzuweisen, wer die Verantwortlichen der Krise sind und welche Wirkung sie wirklich besitzt. Gelegentlich helfen da wohl *mehr empirische Absicherung* und weniger (auch parteipolitische) Polemik. Im Großen und Ganzen scheint die deutsche Demokratie stabil – und ihre mittlerweile auf der Ebene der systemischen Faktoren *gefestigte politische Kultur* ist der zentrale Grund hierfür.

Also ein „nur weiter so“? So kann man sicher vor dem Hintergrund der *Ansehenserosion von Politikern und Parteien* auch nicht argumentieren. Spricht man von *Erosion*, dann ist dies fast schon euphemistisch, kann man sich doch kaum mehr erinnern, wann Politiker einen besseren Ruf hatten. Es muss vor der Wiedervereinigung gewesen sein. An dieser Stelle muss seitens der Politiker und Parteien massiv investiert werden, um die immer stärker sichtbar werdende (und sich immer mehr verfestigende) Distanz zwischen den politisch Handelnden und den Bürgern zu verringern. Nicht

vollmundige Ansagen, sondern Ehrlichkeit, Responsivität und der Eindruck, dass Politiker nicht als abgeschlossene Herrschaftskaste in die eigene Tasche wirtschaften, müssen das Bild sein, welches Politiker und Parteien in der Öffentlichkeit hinterlassen. Dieses schlechte Image liegt zum einen an den Politikern selbst, bedienen sie doch oft genug die Klischees. Doch auch die *mediale Darstellung* von Politik muss überdacht werden. Oft taucht Politik nur im Umfeld von Negativmeldungen auf. Dies trägt insgesamt nicht zu einem positiven Image von Politikern und Parteien bei.

Wie kommt es überhaupt, dass sich die zeitlich so stabile Parteienverdrossenheit nicht auf die Demokratielegitimität – oder zumindest bislang nur begrenzt – auswirkt? Ein Grund ist sicherlich die doch bemerkenswerte wirtschaftliche *Output- oder eigentlich gar Outcome-Zufriedenheit*. Hier wird über eine langfristig erfolgreich demonstrierte (wirtschaftliche) Effektivität auch Legitimität erzeugt. Gleiches gilt auch auf einer demokratietheoretisch höheren Ebene. So sind die Bereitstellung von Freiheit und belastbare Größen an Gerechtigkeit keine unwesentlichen Stabilisatoren der Demokratie. Zudem können Politiker ja immerhin abgewählt werden. Regelmäßige politische Prozesse und vor allem einige außerhalb der Tagespolitik stehende Institutionen (Legislative und Exekutive) sichern gegen zu unkontrolliertes Verhalten einzelner Politiker ab. Ob eine solche Haltung aber auf immer währt und die Demokratie auf Dauer vor Unbill schützt, darf doch bezweifelt werden. Man denke nur daran, das Bundesverfassungsgericht würde mehrere Urteile verabschieden, die aus Sicht der Bürger ungerecht oder als parteiisch erachtet werden. Hinsichtlich der Exekutivkräfte ginge dies sogar noch schneller. Wenn dann das zentrale legislative Element – das Parlament – auf so wenig Vertrauen zurückgreifen kann, wie es derzeit der Fall ist, dann sind Gefährdungen auch der Legitimität eines demokratischen Systems und seiner Stabilität nicht unvorstellbar.

Ebenfalls gesagt werden kann: Es besteht *keine Mauer in den Köpfen*. Die *Ost-West-Differenzen sind rückläufig*, wenn auch in einem weitaus langsameren Tempo als es zu Beginn der Wiedervereinigung angenommen wurde. Die Ostdeutschen haben ihren Platz in der Bundesrepublik gefunden. Allerdings identifizieren sie immer noch gewisse Defizite und haben die jüngere Vergangenheit mit ihren Unsicherheiten und Wirrungen in der Transformation nicht vergessen. Geblieben ist die ostdeutsche Wahrnehmung einer *relationalen Benachteiligung* gegenüber den westdeutschen Mitbürgern. Ob dies nun so ist oder nicht, ist bei Wahrnehmungen nun erst einmal zweitrangig. Allerdings lassen sich immer wieder auch Beispiele für Benachteiligungen finden, die gut zur Begründung der wahrgenommenen Benachteiligung herhalten können. Und hat man nicht im eigenen Umfeld auch Abstiegserfahrungen und Ängste erfahren, die diese Benachteiligung bestätigen? Zudem scheinen die Westdeutschen die Ostdeutschen ja immer noch nicht als gleichwertig wahrzunehmen, eher als den kleinen Bruder (oder die kleine Schwester), die ja irgendwann einmal – in ferner Zukunft – auch alles das gelernt hat, was ein Westdeutscher eigentlich von Hause aus schon kann. Diese *gefühlte Anerkennungslücke* hat bis heute Bestand und wird über die Generationen weitergegeben, was ein vorschnelles Erklären der Ost-West-Unterschiede über Ostalgie oder „Ewiggestrigkeit“ verbietet. Will man in der Allegorie bleiben, dann besteht zwar keine Mauer in den Köpfen, aber zumindest bestehen Reste eines gepflegten Gartenzaunes – über den hinweg man sich aber eben auch unterhalten kann. Auf jeden Fall ist an dieser Stelle in der heutigen politischen Kultur der Bundesrepublik noch einiges an „Aufarbeitungsbedarf“.

Eine (neue) Anfrage an die politische Kultur stellen schließlich die Prozesse der *religiösen Pluralisierung* und die damit verbundene negative Wahrnehmung muslimischer Bürger in der deutschen Bevölkerung dar. Sie produzieren Anforderungen an die Lösungsfähigkeit der Politik, weil sie das Risiko der Abgrenzung und des Konfliktes zwischen verschiedenen großen Sozialgruppen in

der Gesellschaft mit sich führen. Ohne bestehende Probleme verharmlosen zu wollen stellt doch eine recht breite Skepsis gegenüber dem Islam (Islamophobie ist vielleicht ein zu pauschaler Begriff) ein Problem für die politische Kultur dar. Entweder kommt es zu einem Verlust politischer Unterstützung, weil aus Sicht der islamskeptischen Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung zu wenig „getan wird“, oder aber die wachsende Gruppe der deutschen Muslime wendet sich ihrerseits von dem Staat ab, der nicht in der Lage ist ihnen eine hinreichend integrative Bleibe zu gewähren. Beide Szenarien sind in ihrer Brisanz nicht zu unterschätzen. Fasst man dies zusammen, dann kann man sagen, es ist viel zu tun, um die demokratische politische Kultur in Deutschland zu erhalten und damit auch die politische Struktur zu stützen. Dass es sich lohnt und funktionieren kann, hat sich bisher gezeigt.

7. Literatur

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton, 1963.
- Arzheimer, Kai, *Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Wiesbaden, 2002.
- Balch, George, Multiple Indicators in Survey Research: The Concept of Sense of Political Efficacy, in: *Political Methodology* 2 (1974): S. 1-43.
- Bauer, Petra, *Ideologie und politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung politischer Überzeugungssysteme*, Opladen, 1993.
- Brettschneider, Frank, *Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des deutschen Bundestages*, Wiesbaden, 1995.
- Crouch, Colin, *Postdemokratie*, Frankfurt/Main, 2008.
- Easton, David, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science* 5 (1975), S. 435-457.
- Easton, David, *A System Analysis of Political Life*, New York, 1979.
- Eulau, Heinz/Karps, Paul D. (1978): The Puzzle of Representation: Specifying Components of Responsivness, in: Eulau, Hrinz/Wahlke, John (Hrsg.): *The Politics of Representation. Continuities in Theory and Research*. London: 55-71.
- Fuchs, Dieter, Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen seit ihrer Vereinigung, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): *Institutionenwandel*. Wiesbaden 1997, S. 253-284.
- Fuchs, Dieter, Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraut/Wessels, Bernhard (Hrsg.): *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*, Wiesbaden 2002, 27-49.
- Fuchs, Dieter, Politische Kultur, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraut (Hrsg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart 2007, 220-224.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraut, Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2013.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraut/Wessels, Bernhard, Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (1997), S. 3-12.
- Gabriel, Oscar W., Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen. Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Falter,

- Jürgen/Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen 2000, S. 41-78.
- Gabriel, Oscar W., Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 48/3 (2007), S. 540-552.
- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja, Stabilität und Wandel politischer Unterstützung im vereinigten Deutschland, in: Esser, Hartmut (Hrsg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000, S. 67-90.
- Geißel, Brigitte, Responsivität und Responsivitätswahrnehmung – Thesen zu einem undurchsichtigen Verhältnis, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 14/4 (2004), S. 1239-1259.
- Kaase, Max, Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980: Opladen 1983, S. 144-171.
- Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976.
- Koopmans, Ruud, Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. Muslime und Christen im europäischen Vergleich, in: WZB-Mitteilungen 142 (2013), S. 21-25.
- Lane, Robert, Political Life: Why and how people get involved in politics, Chicago 1959.
- Lipset, Seymour M., Political Man. The Social Bases of Politics, Baltimore 1981.
- Neller, Katja, DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006.
- Norris, Pippa, Critical Citizens. Global Support for Democratic Government? Oxford 1999.
- Oberndörfer, Dieter, Die Abschottung der Republik: Integration statt Zuwanderung, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2010, S. 150-166.
- Pharr, Susan J./Putnam, Robert D., Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries? Princeton 2000.
- Pickel, Gert, Eine ostdeutsche „Sondermentalität“ acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hrsg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt/Main 1998, S. 157-178.
- Pickel, Gert, Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen 2002.
- Pickel, Gert, Gerechtigkeit und Politik in der deutschen Bevölkerung. Die Folgen der Wahrnehmung von Gerechtigkeit für die politische Kultur in Deutschland, in: Borchard, Michael/Schrapel, Thomas/Vogel, Bernhard (Hrsg.), Was ist Gerechtigkeit? Befunde im vereinten Deutschland, Weimar 2012a, S. 135-172.
- Pickel, Gert, Bedrohungsgefühle versus vertrauensbildende Kontakte – Religiöser Pluralismus, religiöses Sozialkapital und soziokulturelle Integration, in: Pollack, Detlef/Tucci, Ingrid/Ziebertz, Hans-Georg (Hrsg.): Religiöser Pluralismus im Fokus quantitativer Religionsforschung. Wiesbaden 2012b, S. 221-264.
- Pickel, Gert, Bertelsmann Religionsmonitor 2013. Religiosität im internationalen Vergleich, Gütersloh 2013.
- Pickel, Gert/Götze, Claudia/Jaekel, Yvonne, Religiöses Sozialkapital und Integrationsbereitschaft. Von Einstellungen über Identitätsbildung zur Gemeinschaft? In: Pickel, Gert/Hidalgo, Oliver (Hrsg.): Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen? Wiesbaden 2013, S. 243-272.

- Pickel, Susanne/Pickel, Gert, Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hrsg.), Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärungen politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt/Main 1998.
- Pollack, Detlef, Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung: der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B13 (1997), S. 3-14.
- Pollack, Detlef, Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B40 (2000), S. 13-21.
- Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrich, Nils/Yendell, Alexander (Hrsg.), Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden 2014.
- Pollack, Detlef/Pickel, Gert, Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B41-42 (1998), S. 9-23.
- Pollack, Detlef/Pickel, Gert, Pessimismus – ein ostdeutsches Phänomen? Politische Einstellungen in Ostdeutschland im Ostmittel- und Osteuropäischen Vergleich, in: Pickel, Gert u.a. (Hrsg.): Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Wiesbaden 2006, S. 137-154.
- Rohe, Karl, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 321-346.
- Roller, Edeltraud, Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Frankfurt/Main 2010, S. 597-614.
- Statistisches Bundesamt, 20 Jahre Deutsche Einheit, Berlin 2010.
- Thumfart, Alexander, Bilanz der Einigungsbilanzen – Forschungs- und Meinungskonjunkturen der letzten 15 Jahre, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2007), S. 564-584.
- Veen, Hans Joachim, Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B40-41 (1997), S. 19-28.
- Völkl, Kerstin, Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden 2005, S. 249-284.
- Walz, Dieter/Brunner, Wolfram, Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B51 (1997), S. 13-19.
- Walz, Dieter/Brunner, Wolfram, „It’s the economy, stupid!“ – Revisited. Die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse? – Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hrsg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt/Main, S. 113-130.
- Walz, Dieter/Pickel, Gert, Politisches Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive, in: Journal für Sozialforschung 35/2 (1995), S. 145-155.
- Watanuki, Joji/Crozier, Michel/Huntington, Samuel P., The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York 1975.
- Wegener, Bernd/Liebig, Stefan, Gerechtigkeitsvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Wandel: Sozialisation, Interessen, Lebenslauf, in: Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/Main 2010, S. 83-102.

Westle, Bettina/Niedermayer, Oskar, Orientierungen gegenüber der Demokratie, in: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden 2009, S. 11-29.